



Nr. 282 | 27.03.2023

Ukraine-Analysen

- Besatzungsregime
- Wiedereingliederung des Donbas

■ ANALYSE	
Etablierungsformen russischer Herrschaft in den besetzten Gebieten der Ukraine: Wege und Gesichter der Okkupation Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	2
■ KARTE	
Besetzte Gebiete	7
■ DOKUMENTATION	
Human Rights Watch: Torture, Disappearances in Occupied South. Apparent War Crimes by Russian Forces in Kherson, Zaporizhzhia Regions (Ausschnitt)	8
War and Annexation. The “People’s Republics” of eastern Ukraine in 2022. Annual Report (Ausschnitt)	12
Terror, disappearances and mass deportation	13
Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) gegen Wladimir Putin wegen der Verschleppung von Kindern aus besetzten ukrainischen Gebieten nach Russland	15
■ ANALYSE	
Die Wiedereingliederung des Donbas nach dem Krieg: eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung Von Dmitri Stratiewski (Osteuropa-Zentrum Berlin)	17
■ CHRONIK	
Chronik 11. – 21. Februar 2023	21

Etablierungsformen russischer Herrschaft in den besetzten Gebieten der Ukraine: Wege und Gesichter der Okkupation

Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.282.01

Zusammenfassung

Russlands Besetzung ukrainischer Territorien ab 2014 lief in Wellen und unterschiedlich ab: Durch den Überraschungsmoment und die militärische Überlegenheit wurde die Krim rasch annektiert und integriert. Die selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk wurden jahrelang de facto vom Kreml kontrolliert, jedoch erst im Oktober 2022 de jure angegliedert. Bei den 2022 neu besetzten Gebiete wiederum zeigt sich eine dritte Variante. Der vorliegende Text beleuchtet die unterschiedlichen Etablierungsformen und -stadien der russischen Herrschaft in den besetzten ukrainischen Gebieten und diskutiert, was das für die Akzeptanz der Besatzungsregime bedeutet.

Die Differenzierung der von Russland besetzten ukrainischen Gebiete erfolgt meist durch eine Unterscheidung in die »seit 2014 besetzten« Gebiete (die Krim sowie die »Volksrepubliken« Donezk (»DNR«) und Luhansk (»LNR«) und die »seit 2022 besetzten« Territorien (Teile der Oblaste Cherson und Saporischschja und weitere Teile der Oblaste Donezk und Luhansk, die vor der Invasion unter ukrainischer Kontrolle standen). Durch dieses Vorgehen können jedoch Spezifika in der Entwicklung dieser Regionen unter der Herrschaft Russlands übersehen werden. Zudem wird die Besetzung – berechtigt – hauptsächlich unter dem Blickwinkel der Gewalt gegen Zivilisten beleuchtet. Dieser Text schlägt vor, zwischen den Etablierungsformen und -stadien der russischen Herrschaft auf der Krim, in den ehemaligen »Volksrepubliken« und in den besetzten Oblasten Cherson und Saporischschja zu unterscheiden und untersucht abschließend, was das für die Akzeptanz der Besatzungsregime in der Bevölkerung bedeutet.

Krim

Die Besetzung der Krim unterscheidet sich von den anderen Okkupationsszenarien durch die Tatsache, dass die Besetzung durch Russland mittels einer Demonstration von militärischer Stärke, aber ohne großräumige Anwendung von Gewalt gelang. Durch die russische Übermacht kam es vielfach zum gewaltlosen Seitenwechsel ukrainischer Militärs. Daher war der komplette Rückzug der verbliebenen ukrainischen Truppen letztlich unvermeidlich. Zum Phänomen eines »Flaggenwechsels« kam es auch in den Strukturen der Verwaltung und des politischen Lebens auf der Krim. Im Unterschied zu den anderen annektierten ukrainischen Oblasten erlebte dieses Gebiet keine Übergangsphase bis zum Anschluss an Russland. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim wurde im offiziellen russischen Narrativ als »Heimkehr« dargestellt und die Halbinsel wurde unverzüglich integriert.

Die Krim ist nicht nur das am längsten von Russland kontrollierte ukrainische Gebiet, sie weist auch die stärkste personelle Kontinuität unter den führenden Personen der Regierung auf. So ist seit der Besetzung der Region Sergei Aksjonow als »Oberhaupt der Republik Krim« im Amt. Als einer der ersten »Seitenwechsler« erhielt er im März 2014 die russische Staatsbürgerschaft. Aksjonow, dem Verbindungen zur organisierten Kriminalität nachgesagt werden, war vor der Krim-Annexion von 2008–2014 Vorsitzender der politisch marginalen Partei »Russische Einheit« und erhielt bei den ukrainischen Parlamentswahlen 2012 in seinem Wahlbezirk 9 Prozent der Stimmen. Direkt nach dem umstrittenen »Krim-Referendum« wurde er zum »Vorsitzenden des Ministerrates der Republik Krim« (nun als Subjekt der Russischen Föderation) ernannt. Im selben Jahr wurde er auch zum »Oberhaupt der Republik Krim gewählt« und hatte bis 2019 beide Ämter parallel inne, als Jurij Gotsanjuk zum »Vorsitzenden des Ministerrates der Republik Krim« ernannt wurde. Vor der Krim-Annexion war Gotsanjuk Verwaltungsbeamter und Leiter einer kleinen Bezirksverwaltung (Bezirk Nischnegorsk) auf der Krim.

Als Senatorin für die Krim im Föderationsrat, dem Oberhaus der Russischen Föderation, fungiert die in Simferopol geborene Olga Kowitidi. Vor der Krim-Annexion saß sie bereits für die »Partei der Regionen« im »Obersten Rat der Autonomen Republik Krim« und fungierte als Beraterin der Justizministerin der Ukraine. Im Februar 2014 wurde sie zur Stellvertreterin von Sergei Aksjonow ernannt und im April 2014 zur Vertreterin der Republik Krim im Föderationsrat der Russischen Föderation bestimmt. Ähnlich wie Aksjonow trat sie direkt 2014 der Partei »Einiges Russland« bei.

Die Motivation für diesen Seitenwechsel unter den Spitzenbeamten auf der Krim kann sicher sowohl in der Furcht vor der Ersetzung durch loyale Personen im Falle der Nichtkollaboration aber auch in neuen Kar-

riereperspektiven, die sich durch die Krim-Annexion anbieten, gesehen werden. Es fällt auf, dass die erste Reihe der Regierungsbeamten immer noch von lokalen Kadern besetzt ist, die größtenteils schon seit 2014 für die Okkupationsmacht im Amt sind. Die meisten von ihnen, die zuvor bereits in der ukrainischen Politik eine Rolle spielten, waren Mitglieder von Wiktor Janukowytschs »Partei der Regionen«, was wenig überraschend ist.

Vier der sieben Stellvertreter des »Vorsitzenden des Ministerrates der Republik Krim« sind allerdings ehemalige russische Beamten, die vor ihrer Versetzung auf die Krim im Staatsdienst Russlands waren. In ihrem Fall ist eine Zusammensetzung aus Personen mit expliziter Militär- oder Verwaltungserfahrung zu beobachten. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Stellvertreter höchstwahrscheinlich nicht vom Vorsitzenden selbst ausgewählt, sondern vom Kreml entsandt wurden, um die Kontrolle über das politische Geschehen zu behalten. Da diese Stellvertreterpositionen sich außerhalb des öffentlichen Interesses befinden, ermöglicht dies eine nicht offensichtliche, aber effektive Kontrolle des politischen Apparates durch den Kreml.

Von den insgesamt 21 Ministerposten in der besetzten Republik Krim sind aktuell vier von ehemaligen russischen Verwaltungsbeamten besetzt: der Minister für Wohnungspolitik und staatliche Bauaufsicht (seit 2022), der Minister für Bau und Architektur (seit 2021), die Ministerin für Sport (seit 2019) und vorübergehend auch der stellvertretende Minister für Verkehr (seit 2022). Die restlichen 17 Ministerinnen und Minister kommen von der Halbinsel.

Die Besetzung der Ministerposten durch lokale Verwaltungsbeamte hat für die Okkupationsmacht sowohl nach innen, als auch nach außen deutliche Vorteile. So konnte eine kontinuierliche Verwaltungstätigkeit nach der Krim-Annexion gewährleistet werden, da die Beamten nur die Flagge wechselten und die Funktionsweise der Regionalverwaltungen dadurch sicherten, dass sie de facto ihren Berufsalltag fortsetzten. Die Okkupationsmacht vermied dadurch die komplette Neuaufstellung öffentlicher Strukturen, sondern »russifizierte« lediglich die ukrainischen Verwaltungen. In der öffentlichen Darstellung wies diese Strategie ebenso einen positiven Effekt auf. Im Unterschied zu den offensichtlichen Machtkämpfen und dem Verwaltungschaos in den »Volksrepubliken« wurde im Falle der Krim der Anschein von Stabilität und Kontinuität gewahrt, wodurch die Akzeptanz der neuen Machthaber durch die lokale Bevölkerung erhöht wurde. Auch die regionale Symbolik der Krim wurde kaum verändert und außer der nun sichtbaren russischen Flagge und der Umstellung auf die russische Währung blieb das Gesamtbild der Krim weitgehend unberührt.

Ehemalige »Volksrepubliken«

Die Herausbildung neuer Herrschaftsstrukturen in den selbst proklamierten »Volksrepubliken« verlief anders als auf der Krim. Nach der Eskalation des Konflikts im Donbas 2014 standen zunächst Freischärler und Militärskommandanten wie der russische Geheimdienstoberst Igor Girkin alias »Strelkow« im Vordergrund des politischen Geschehens und dominierten gegenüber den selbst ernannten Regierungskadern. Diese erste chaotische Phase war gekennzeichnet durch oftmals gewaltsam ausgetragene Machtkämpfe unter den »Separatisten«.

Nach der Durchführung von »Wahlen« in der »DNR« und der »LNR« am 2.11.2014 stabilisierte sich die Lage in den »Volksrepubliken«. Mit Alexandr Sachartschenko in der »DNR« und Igor Plotnizki in der »LNR« kamen unterschiedlich geprägte Akteure an die Macht. Der aus Luhansk stammende Plotnizki war zuvor in der Ukraine als Beamter in der Regionalen Aufsichtsbehörde für Verbraucherschutz tätig gewesen. Der gebürtige Donezker Sachartschenko war ausgebildeter Elektriker im Bergbau und soll u. a. mit illegal geförderter Kohle gehandelt haben. Er starb 2018 nach einem ungeklärten Attentat. Russland, die Ukraine und auch Kreise aus der »DNR« selbst verfügten über nachvollziehbare Motive: für den Kreml war Sachartschenko zu selbständig und unbequem, für die Ukraine war er der Anführer der »Separatisten« und Kollaborateur mit Russland und in der »DNR« hatte seine Ermordung politische wie geschäftliche Nutznießer. Sein Nachfolger wurde Denis Puschilin aus der Region Donezk, der als Finanzspekulant mithilfe eines betrügerischen »Schneeball-System« zahllose Kleinanleger um ihre Ersparnisse gebracht hatte und 2014 eine Schlüsselfigur bei der Selbstproklamation der »Volksrepublik Donezk« war. Die Politik Puschilins zeichnet sich durch einen stärkeren Einfluss aus Moskau aus und er gilt als gut nach Russland vernetzt.

Auch auf Igor Plotnizki wurde ein Attentat verübt (2016), das dieser jedoch überlebte. Nach internen Machtkämpfen im Apparat der »LNR« floh er nach Russland und wurde durch den ehemaligen SBU-Offizier Leonid Passetschnik aus Luhansk ersetzt. Passetschnik war bereits seit seinem »Seitenwechsel« von 2014 bis 2017 als »Minister für Staatssicherheit der Volksrepublik Luhansk« tätig.

Puschilin und Passetschnik agierten bis zum 4. Oktober 2022 als Oberhäupter der »Volksrepubliken« und standen für einen klaren politischen Kurs, der eine Integration in die russische Föderation zum Ziel hatte. Ihr politischer Kurs gipfelte im »Antrag« auf Aufnahme ins russische Staatsgebiet. Beide waren bereits 2021 der Partei »Einiges Russland« beigetreten und führten die von ihnen kontrollierten Gebiete bis zur vollständigen Angliederung an Russland am 5.10.2022. Seitdem firmieren sie in ihren Amtsbezeichnungen als »vorläufige

Oberhäupter« ihrer Regionen, bis im September 2023 auf deren Territorien Wahlen durchgeführt werden sollen. Bereits seit Dezember 2022 fungiert der ehemalige Premierminister der »Volksrepublik Donezk« Alexandr Anantschenko als neu ernannter Senator für das Donezker Gebiet im Föderationsrat Russlands.

Ab Sommer 2022 kam es in beiden Territorien zu einem umfangreichen Personalwechsel in der »zweiten Reihe« des Machtapparats. An dieser Stelle lässt sich die bereits bewährte Strategie des Kremls beobachten, nach der gut bekannte »Gesichter« nominell im Amt bleiben, um ein Gefühl der Stabilität nach außen zu suggerieren, während die zweite Reihe mit Gewährsleuten Russlands besetzt wird.

Dies lässt sich etwa an der Zusammensetzung der neuen Regierung der »Volksrepublik Donezk« zeigen, deren Ministerpräsident seit dem 8. Juni 2022 Witali Chozenko ist. Der in Dnipropetrowsk geborene und in Donezk bis dahin völlig unbekannte Chozenko wuchs in Russland auf und studierte auch dort. Seine Biografie weist eine solide Karriere in der öffentlichen Verwaltung Russlands auf, er wurde 2013 zum Verantwortlichen für Energie, Industrie und Kommunikation im Gebiet Stawropol ernannt. Zugleich ist er Absolvent der Kadenschmiede »Schule der Gouverneure« und war Finalist des Elite-Wettbewerbes »Führer Russlands«. Als erster stellvertretender Ministerpräsident seiner Regierung amtiert Rustam Mingazow – ein enger Vertrauter Chozenkos aus seiner Zeit im russischen Energiesektor.

Seit Sommer 2022 wurden in der »DNR« unter den stellvertretenden Ministerpräsidenten, den Ministern und ihren Stellvertretern 22 Positionen neu besetzt. Ihre Ämter behielten lediglich eine der stellvertretenden Ministerpräsidentinnen (Tatjana Perewersewa) und drei Minister, die ihre Ämter bereits 2014–2015 übernahmen: der Minister für Inneres Aleksej Dikij, der Minister für Staatssicherheit Wladimir Pawlenko und der Minister für Zivilschutz, Notfälle und Katastrophenmanagement Aleksej Kostrubizkij. Die Biographien der neu ernannten Regierungsmitglieder sind weitgehend unbekannt, vielfach existiert nicht einmal Bildmaterial von ihnen.

Signifikant stellte sich der Personalwechsel auch in der »LNR« da. Hier wurde im Juni 2022 mit dem russischen Manager und bisherigen Vizegouverneur der russischen Region Kurgan Wladislaw Kusnezow ein neuer Stellvertreter für den seit 2015 amtierenden Ministerpräsidenten Sergej Koslow installiert. Auf der Ebene der stellvertretenden Ministerpräsidenten, der Minister und ihrer Stellvertreter wurden seit Sommer 2022 weitere sieben Positionen mit russischen Kadern neu besetzt, deren Biographien weitgehend unbekannt sind. So weiß man über den neuen Minister für Bau, Wohnungsbau und kommunale Dienste Igor Scharchow lediglich, dass er von 1992–1996 in den russischen Streitkräften diente.

Zum Minister für Landwirtschaft wurde Jewgenij Sorokin ernannt, der zuvor die Abteilung für Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Region Jaroslawl in Russland leitete. Der aus Perm stammende und langjährig als Manager in russischen Staatskonzernen tätige Konstantin Sawisenow wurde zum Minister für Brennstoff-, Energie- und Kohleindustrie ernannt.

Diese Veränderungen deuten auf eine angestrebte Professionalisierung im Regierungsapparat der bisherigen »Volksrepubliken« hin sowie auf eine stärkere Kontrolle der Machtstrukturen durch russische Führungskräfte.

Besetzte Oblaste Cherson und Saporischschja

Die Etablierung russischer Herrschaft in den seit 2022 besetzten Teilen der Oblaste Cherson und Saporischschja, die Russland nach den Scheinreferenden im September und der anschließenden Annexion am 5.10.2022 als eigenes Staatsgebiet ansieht, folgt in ihren Etablierungsformen eher dem Muster der »Volksrepubliken« als dem der Krim.

Auffallend ist vor allem der Versuch, nach außen eine funktionierende und legitimierte Staatlichkeit zu suggerieren. Ein Blick auf die »offiziellen« russischen Internetseiten beider Regionen erweckt den Eindruck, dass sich beide Oblaste in vollem Umfang unter der Kontrolle Russlands befinden. Dabei wurden im Falle der Oblast Cherson zwei der fünf Bezirke (Berislaw und Cherson, inklusive der Gebietshauptstadt Cherson) von der ukrainischen Armee befreit und befinden sich seit dem 11.11.2022 wieder unter ukrainischer Kontrolle. Und was die Region Saporischschja angeht, kontrolliert Russland auch dort nur den Süden ohne die Hauptstadt Saporischschja, die größte und wirtschaftlich wichtigste Stadt der Region.

Im Zuge der Okkupation wurden in allen 2022 von Russland neu besetzten Gebieten militärisch-zivile Verwaltungen errichtet, die die vorübergehende Verwaltung dieser Gebiete bis zu den Wahlen im September 2023 gewährleisten sollen. So entstand am 12. März 2022 die militärzivile Verwaltung der Oblast Saporoschje (*Anm. d. Red.: in diesem Beitrag wird für das ukrainische Gebiet die Schreibweise »Saporischschja« und für den russisch kontrollierten Bereich die Schreibweise »Saporoschje« benutzt*) und am 26. April 2022 analog dazu die militärzivile Verwaltung der Oblast Cherson.

Am 27.04.2022 wurde Wladimir Saldo (von 2002 bis 2012 Bürgermeister der Stadt Cherson) zum Verwaltungschef der Okkupationsverwaltung ernannt. Im Gebäude des Stadtrats Cherson, das im März von russischen Truppen besetzt wurde, rief er das »Rettungskomitee für Frieden und Ordnung« aus und wurde zum Verwaltungschef bestimmt, obwohl er einige Tage davor

noch öffentlich gegen die Abspaltung der Oblast von der Ukraine auftrat. In der Folge unterstützte er die Durchführung der so genannten »Referenden über den Beitritt zu Russland«. Nachdem Russland die Oblast Cherson zum eigenen Staatsgebiet erklärt hatte, wurde Wladimir Saldo – wie die Oberhäupter der beiden »Volksrepubliken« – zum »vorläufigen Oberhaupt« der Oblast Cherson ernannt und agiert seit dem 5. Oktober 2022 in dieser Funktion.

Zwei der drei Stellvertreter von Saldo sind ehemalige ukrainische Abgeordnete und Beamte mit nachvollziehbaren Biografien, die dritte Personalie ist weitgehend unbekannt. Witalij Buljuk (ehemaliger Abgeordneter und Vorsitzender des Regionalrats von Cherson von 2015 bis zur russischen Invasion 2022) galt als überraschende Besetzung, da er sich bis zu seiner Ernennung öffentlich prokrainisch zeigte. Der zweite Stellvertreter, Sergej Tschewko, kommt ursprünglich aus Cherson, wo er von 1998 bis 2017 in der Stadtverwaltung arbeitete und bereits Stellvertreter von Saldo war, als dieser Bürgermeister von Cherson war. 2019 kandidierte er erfolglos für die prorussische Oppositionspartei »Oppositionsplattform – Für das Leben« für die Werchowna Rada. 2020 versuchte er über die Liste »Block Wladimir Saldo« in den Stadtrat von Cherson zu gelangen, wurde aber auch hier nicht gewählt.

Aslan Arsanukajew, der als einziger Stellvertreter ohne Foto auf der Webseite erscheint, kommt angeblich aus Tschetschenien. Seine Biografie wird nicht kommuniziert. Vor der russischen Invasion spielte er keinerlei Rolle im politischen Leben der Ukraine oder Russlands und war laut Recherchen russischer Investigativjournalisten »Stellvertreter für Sicherheit und Interaktion mit Strafverfolgungsbehörden« am »Russischen Zentralforschungsinstitut für Maschinenbau« (Teil von »Roskosmos«) und in ähnlicher Position bei »Kubanelectro«.

In Saporoschje wurde Jewgenij Balizkij zum Verwaltungschef der Okkupationsverwaltung ernannt. Er war von 2010–2014 Abgeordneter des Regionalrats von Saporischschja für die »Partei der Regionen« und später Abgeordneter der Werchowna Rada (2014–2019) und des Regionalrats von Saporischschja (2020–2022) für die »Oppositionsplattform – Für das Leben«. Neben mehreren Unternehmen und Fabriken in der Region gehört seiner Familie auch der größte TV-Sender der besetzten Stadt Melitopol. Seit Juli 2022 besitzt Balizkij einen russischen Pass und firmiert seit September 2022 als Mitglied der Partei »Einiges Russland«. Er unterstützte die Durchführung der Scheinreferenden und die Annexion der Oblast Saporischschja durch Russland. Wie die anderen Statthalter Russlands wurde er für die Zeit bis zum September 2023 als »vorläufiges Oberhaupt« der Region bestimmt.

Zu den beiden Stellvertretern von Balizkij sind auf der offiziellen Internetseite außer ihren Namen keine weiteren Angaben oder Fotos zu finden. Einer von ihnen ist Dmitrij Ryschkow, dessen Herkunft und Identität im Unkla-

ren bleibt. Ähnlich ist der Fall des zweiten Stellvertreters Michail Grizaj gelagert, zu dem man ebenfalls keine öffentlichen biografischen Angaben findet. In beiden Fällen lassen sich Verbindungen zu den russischen Geheimdiensten nicht ausschließen.

In den besetzten Teilen der Oblaste Cherson und Saporischschja lässt sich die Tendenz beobachten, dass als Bürgermeister der Städte und Orte hauptsächlich einheimische Ukrainer bestimmt wurden. Bekannt wurden mehrere Versuche, ukrainische Regierungs- und Verwaltungsbeamte zur Kollaboration zu bringen. Diese Versuche scheiterten aber in den meisten Fällen. Aktuell sind in den seit 2022 besetzten Gebieten nur vereinzelte Seitenwechsel von Bürgermeistern bekannt (Wolodymyr Antonenko – Bürgermeister von Kamenka-Dniprowske, Wolodymyr Bandura – Bürgermeister von Swjatohirsk und Sergej Horitiw – Bürgermeister von Rubeschnoje).

Das aus den »Volksrepubliken« bekannte Muster, jenseits der »Oberhäupter« der Oblaste die Leitungspositionen durch russische Beamte zu besetzen, zeigt sich auch hier. So wurde der russische Staatsbürger Sergej Jelessejew, ein ehemaliger FSB-Offizier mit Erfahrung im öffentlichen Dienst in Wologda und in Kaliningrad, 2022 zum »Regierungsvorsitzenden« der besetzten Oblast Cherson ernannt. Identisch wurde auch in Saporoschje vorgegangen, in welcher als »Regierungsvorsitzende« der russische Staatsbürger Anton Kolzow bestimmt wurde, der davor genau wie Jelessejew im öffentlichen Dienst in Wologda tätig war und 2017 dort sogar zum Regierungsvorsitzenden wurde.

Die Struktur und Außendarstellung der »Verwaltungsapparate« in den beiden besetzten Gebieten zeichnet sich durch höchste Intransparenz und einen offensichtlichen Mangel an Organisation aus. Während die »offizielle« russische Internetseite der Oblast Saporoschje neben den Namen ihres Oberhauptes und denen seiner Stellvertreter auch einen Überblick über die Ministerien und ihre Zuständigkeiten bietet, fehlen diese Informationen im Falle von Cherson komplett. Doch selbst im Fall von Saporoschje verfügt jedes der angegebenen Ministerien zwar über eine eigene Webseite, doch werden bei nur 6 von 13 Ministerien überhaupt die Namen der zuständigen Minister genannt. Was die restlichen Ministerien angeht finden sich lediglich allgemeine Verwaltungsorganigramme oder gar keine Informationen.

Die Regierungsstrukturen der russischen Okkupationsmacht in den beiden besetzten Oblasten simulieren lediglich eine stabile staatliche Ordnung, die tatsächliche Situation ist alles andere als stabil. Es ist nicht davon auszugehen, dass angesichts der militärisch angespannten Lage in den Gebieten außer den nominellen Oberhäuptern (Saldo und Balizkij) andere Mitglieder des »Regierungsapparats« von der lokalen Bevölkerung überhaupt wahrgenommen, geschweige denn erkannt werden. Daher wurden die beiden »Oberhäupter« zunächst nicht durch Verwal-

tungspersonal aus Russland ersetzt, um ein Gefühl des Vertrauens und der politischen Stabilität unter der Bevölkerung zu erzeugen. Der Einsatz »vertrauter Gesichter« eignet sich gut als Strategie, in deren Rahmen die installierten lokalen Führungskader tatsächlich nicht unbedingt die Entscheidungsfreiheit besitzen müssen, die ihnen laut ihren Ämtern eigentlich zusteht. Es steht vielmehr zu vermuten, dass sich die faktische Macht auch in der nominellen »zweiten Reihe« konzentrieren kann.

Resümee

Seit 2014 lassen sich verschiedene Modelle der Etablierung russischer Herrschaft in besetzten ukrainischen Gebieten beobachten.

Das »Krim-Modell« zeigt die gewaltfreie und widerstandslose Übernahme eines Gebiets mit seinen funktionierenden Verwaltungsstrukturen, in denen lediglich die Flagge ausgetauscht wird und das Russland gegenüber loyale Personal des öffentlichen Dienstes die vollständige Integration ins russische Staatswesen anhand klarer Anweisungen aus dem Kreml durchführt.

Das »Volksrepubliken-Modell« beruht auf einer Umstimmung der lokalen Bevölkerung und auf einer verdeckten Kontrolle und Machtausübung durch »unbekannte Gesichter« aus der zweiten Reihe, die direkt vom Kreml entsandt werden, während die repräsentativen Funktionen von »vertrauten Gesichtern« ausgeübt werden. Die aktuellen Veränderungen in den Regierungsstrukturen ab Sommer 2022 zeugen davon, dass der Kreml sowohl die Kontrolle über das Geschehen auszubauen versucht, als auch eine Professionalisierung des Apparates anstrebt.

Das Vorgehen in den besetzten Oblasten Cherson und Saporoschje weist Ähnlichkeiten mit dem »Volksrepubliken-Modell« auf, da es sich ebenfalls auf die Strategie der Kombination aus »vertrauten und unbekanntem Gesichtern« stützt. Die Tatsache, dass die Okkupationsverwaltungen beschränkten Zugriff auf die Verwaltungsakte und -gebäude und auf den größten Teil des Verwaltungspersonals in den regionalen Zentren Cherson und Saporoschschja (beide unter ukrainischer Kontrolle) haben, führt zu einer *Simulation* von staatlicher Herrschaftsausübung. Die militärisch angespannte Lage in diesen Regionen bedingt zudem die Kommandogewalt der ausschließlich russischen Militärkommandanten, die de facto die Kontrolle über diese Gebiete ausüben. Die Einbindung von Kadern der russischen Geheimdienste liegt auf der Hand, lässt sich aber nur schwer verifizieren.

Über die Autorin:

Yana Lysenko studiert MA-Politikwissenschaft an der Universität Bremen und ist assoziierte Wissenschaftlerin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Konfliktforschung (aktuell insbesondere in den Ukraine-Russland-Beziehungen) und der De-facto-Staaten. Zuletzt erschien von ihr eine Analyse zum System der »Filtration« (Ukraine-Analysen 275).

Die drei dargestellten Wege zur Etablierung russischer Herrschaft erzeugen unterschiedliche Akzeptanzgrade bei der lokalen Bevölkerung. Der höchste Akzeptanzgrad ist von der Okkupation nach dem »Krim«-Modell zu erwarten, da diese keine militärische Gewalterfahrung der lokalen Bevölkerung beinhaltet und eine scheinbare Kontinuität und Stabilität der lokalen Regierungsstrukturen suggeriert. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Okkupationsmacht die höchste Loyalität dann erreicht, wenn der Alltag der Bevölkerung möglichst keine spürbaren Veränderungen erlebt und ihre physische Sicherheit nicht bedroht wird.

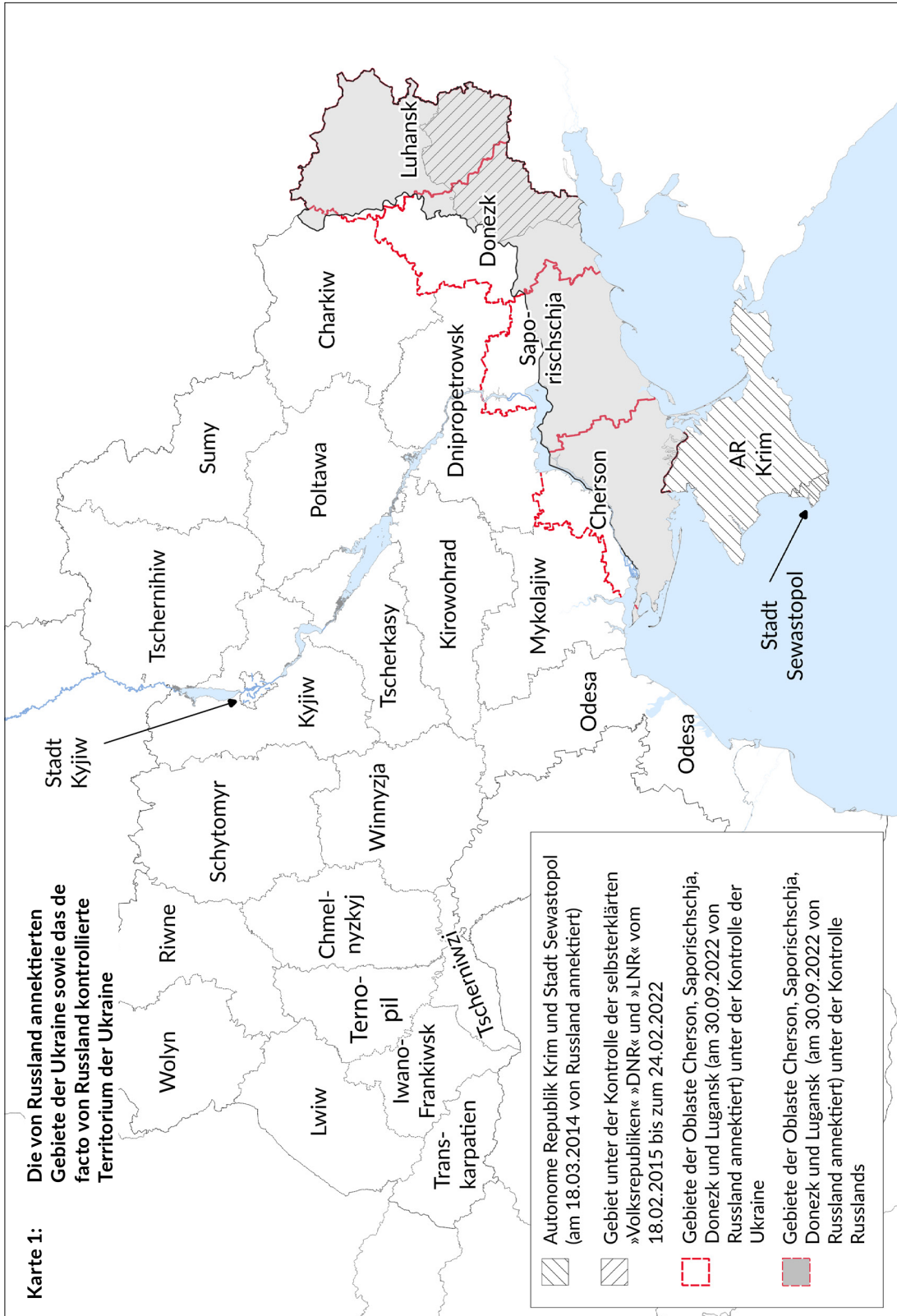
Anders stellt sich die Lage in den Gebieten dar, in denen die Bevölkerung einer militärischen Bedrohung ausgesetzt war und ist. Trotz vieler Überschneidungen in den Entwicklungsmustern der seit 2022 besetzten Oblaste Cherson und Saporoschje mit den seit 2014 besetzten »Volksrepubliken« kann aber nicht von der gleichen Akzeptanz der Regierungsstrukturen durch die Bevölkerung ausgegangen werden.

Der entscheidende Unterschied ist der Blick der Bevölkerung auf die Opfer- und Aggressor-Rolle. Im Falle der »Volksrepubliken« änderte sich die negative Wahrnehmung der »Separatisten« als »Unruhestifter« zu einer eher positiven Sichtweise, als die Ukraine versuchte, mittels militärischer Gewalt das Gebiet zurück unter staatliche Kontrolle zu bringen. Es kam zu einer Umkehr der Opfer-Aggressor-Rolle und zu einer Solidarisierung mit den »angegriffenen« »Separatisten«, die als eine Art »Stockholm-Syndrom« bezeichnet werden kann.

In den Oblasten Cherson und Saporoschschja ist das Aggressor-Opfer-Verhältnis durch den direkten militärischen Überfall Russlands hingegen klar definiert. Die Gräueltaten in den von der Ukraine befreiten Gebieten (z. B. Butscha, Isjum) machen zudem klar, dass eine Besetzung durch Russland nicht gewaltfrei abläuft. Das direkte Erleben einer kriegerischen Auseinandersetzung und des russischen Repressionsapparats lassen nicht erwarten, dass die Bevölkerung mehr als eine unter Gewaltandrohung vorgetäuschte Loyalität zu den russischen Besatzern entwickelt. Einzig eine jahrelang andauernde kriegerische Auseinandersetzung mit starker Kriegsmüdigkeit könnte zu einer Resignation führen, in der es als Ausweg erscheint, sich der russischen Herrschaft zu unterwerfen, um den Krieg zu beenden.

Besetzte Gebiete

KARTE



Die Karte mit Stand vom 22.03.2023 basiert auf öffentlich zugänglichen Daten von liveuamap (<https://liveuamap.com/>). Die Daten sind frei verfügbar unter <https://github.com/conflict-investigations>. Auf Grundlage der Daten erstellt die NZZ eine interaktive Karte mit dem Frontverlauf, die täglich aktualisiert wird und abrufbar ist unter <https://www.nzz.ch/english/ukraine-war-interactive-map-of-the-current-front-line-1.688087>.

Human Rights Watch: Torture, Disappearances in Occupied South. Apparent War Crimes by Russian Forces in Kherson, Zaporizhzhia Regions (Ausschnitt)

Russian forces have tortured, unlawfully detained, and forcibly disappeared civilians in the occupied areas of Kherson and Zaporizhzhia regions, Human Rights Watch said today. Russian forces have also tortured prisoners of war (POWs) held there.

“Russian forces have turned occupied areas of southern Ukraine into an abyss of fear and wild lawlessness,” said Yulia Gorbunova, senior Ukraine researcher at Human Rights Watch. “Torture, inhumane treatment, as well as arbitrary detention and unlawful confinement of civilians, are among the apparent war crimes we have documented, and Russian authorities need to end such abuses immediately and understand that they can, and will, be held accountable.”

Human Rights Watch spoke with 71 people from Kherson, Melitopol, Berdyansk, Skadovsk and 10 other cities and towns in the Kherson and Zaporizhzhia regions. They described 42 cases in which Russian occupation forces either forcibly disappeared civilians or otherwise held them arbitrarily, in some cases incommunicado, and tortured many of them. Human Rights Watch also documented the torture of three members of the Territorial Defense Forces who were POWs. Two of them died.

The purpose of the abuse seems to be to obtain information and to instill fear so that people will accept the occupation, as Russia seeks to assert sovereignty over occupied territory in violation of international law, Human Rights Watch said.

People interviewed described being tortured, or witnessing torture, through prolonged beatings and in some cases electric shocks. They described injuries including broken ribs and other bones and teeth, severe burns, concussions, broken blood vessels in the eye, cuts, and bruises.

A formerly detained protest organizer, who requested anonymity, said Russian forces beat him with a baseball bat in detention. Another protestor was hospitalized for a month for injuries from beatings in detention. A third said that after seven days in detention he could “barely walk” and had broken ribs and a broken kneecap.

The wife of a man whom Russian forces detained for four days, following a house search in early July, said his captors beat her husband with a metal rod, used electroshock on him, injured his shoulder, and gave him a concussion.

Describing the pervasive fear, one journalist in Kherson said: “You don’t know when they’ll come for you and when they’ll let you go.”

Former detainees described being blindfolded and handcuffed for the entire duration of their detention and being held with very little food and water and no medical assistance. Russian personnel forcibly transferred at least one civilian detainee to Russian occupied Crimea, where he was forced to carry out “corrective labor.”

In several cases, Russian forces released detainees only after they signed a statement promising to “cooperate” with the authorities or recorded a video in which they exhorted others to cooperate.

In all but one of the detention cases, Russian forces did not tell families where their loved ones were being held, and the Russian military commander’s office provided no information to families seeking it.

The laws of war allow a warring party in an international armed conflict to detain combatants as POWs and to intern civilians in noncriminal detention if their activities pose a serious threat to the security of the detaining authority. Arbitrary detention, unlawful confinement, and enforced disappearances are all prohibited under international humanitarian law and may amount to or involve multiple war crimes. Torture and inhuman treatment of any detainee is prohibited under all circumstances under international law, and, when connected to an armed conflict, constitutes a war crime and may also constitute a crime against humanity.

For civilians, the risk of arbitrary detention and torture under occupation is high, but they do not have a clear option to leave to Ukrainian-controlled territory, Human Rights Watch said. For example, the journalist in Kherson told Human Rights Watch, “I have my own Telegram channel, I’m in their database, I had to go into hiding. I’ve been warned that they can come for me at any time. I don’t risk leaving because I’m on their [blacklist].” Thirteen people who did leave described harrowing trips through numerous Russian checkpoints and detention.

In an interview with Human Rights Watch, Tamila Tasheva, permanent representative of the Ukraine president in Crimea, who also monitors the situation in newly occupied areas in southern Ukraine, said that Ukraine’s authorities cannot verify the exact number of enforced disappearances in Kherson region. She said that human rights monitors estimated that at least 600 people had been forcibly disappeared there since February 2022.

“Ukrainians in occupied areas are living through a hellish ordeal,” Gorbunova said. “Russian authorities should immediately investigate war crimes and other abuses by their forces in these areas, as should international investigative bodies with a view to pursuing prosecutions.”

Russian forces invaded Kherson region, on the Black Sea and Dnipro River, on February 25, 2022, and on March 3 claimed to control its capital, Kherson. It was part of a broader invasion and occupation of Ukraine’s coastal south, which includes Melitopol and Berdyansk, cities in Zaporizhzhia region, and ultimately Mariupol, in Donetsk region.

Ukrainian forces have started preparing a counteroffensive to retake occupied coastal areas, Ukraine’s defense minister said in July. On June 21, an official in the Russian occupation administration stated that a “referendum” on Kherson region “joining Russia” was planned in the fall.

From the start of the occupation, Russian military targeted for detention or capture not only members of Territorial Defense Forces, who should be treated as POWs under international humanitarian law, but also local mayors and other civil servants, police officers, as well as participants in anti-occupation protests, journalists, or others presumed to have security-related information or to oppose the occupation.

Over time Russian forces also started to detain people, apparently at random, according to numerous sources. They also targeted community volunteers who distributed food, medicines, diapers and other necessities, all in very short supply in Kherson, to people in need.

For this report, Human Rights Watch interviewed people in person in Kyiv, Lviv, Dnipro, and Zaporizhzhia, and also conducted interviews by telephone.

(...)

Protesters, Journalists, Activists

Media reported public protests against the occupation in Kherson, Berdyansk and Melitopol, in March, April and early May. Russian forces put some down violently, including in Kherson, using live bullets and wounding some protesters. Two witnesses said that Russian troops aimed for people’s legs; one said that he saw a man who was hit in the legs. Russian forces also hunted down community volunteers who distributed aid to people in need.

Human Rights Watch spoke to nine people who organized, participated in, or witnessed the protests or were community volunteers, all of whom had been detained by Russian forces.

Protesters

Kherson

Arkadiy Dovzhenko, 29, a marine biologist from Kherson, said that people in Kherson started protesting in large numbers from the beginning of the occupation and that he joined:

I was just a regular Ukrainian guy. But one day at a protest I picked up the microphone to say: ‘Russians, go home.’ That’s how they heard my voice ... and decided I was the organizer. Then Russian journalists started coming, and we made the decision: that we will stop them from getting a pretty picture for their propaganda TV.

Dovzhenko described his detention on April 21:

That day they [began] throwing grenades with teargas. They shot people with real bullets. They aimed at people’s legs. I saw several guys who had to be carried away, who were shot. There was blood on the pavement.

Russian forces detained Dovzhenko as he tried to run from the scene, and took him, blindfolded and hands bound, to the basement of a police building, and from there to another room:

They hit me with clubs, punched and kicked me. It lasted for several hours ... In about three hours they took me back to the basement. Then they brought me back up. They asked me the same questions. Who organized this protest rally? Who organized other protest rallies? They asked me if I knew anyone at ATO [Ukrainian military and security force operations in Donbas] [and] for addresses [of other] protesters. They also asked me questions about my religion ... told me that Ukrainian Orthodox Christians were terrorists and renegades.

Russian forces held Dovzhenko for seven days, handcuffed and blindfolded for the entire time, interrogating him repeatedly every day. “They gave me water, but it was very bad ... They fed us from their food rations. It was almost nothing.”

When they released Dovzhenko, he said, he could barely walk: “I had a brain concussion. I had several broken ribs and a broken kneecap.”

Dovzhenko left Kherson in May, but it took three days of harrowing travel through numerous Russian checkpoints to get 200 kilometers to safety in Kryvyi Rih.

City in Kherson Region (name of the city withheld for security reasons)

A local municipal deputy from a city in Kherson region who participated in protests said that around June 7, Russian forces searched his home, beat him for two hours with a baseball bat, and held him, blindfolded, for 36 hours in a cell at a makeshift detention center at a children's summer camp. They filmed him against his will stating he had agreed to become an FSB informer. They released him 24 hours later, threatening to hold him indefinitely if he did not stop protesting and doing volunteer work. After they returned to his home several more times to harass him, he fled the country.

"Anton," Berdyansk

On March 18, Russian forces detained a protest organizer "Anton" in occupied Berdyansk at a traffic intersection, while he was delivering aid to people in the community. Anton told Human Rights Watch that they drove him, blindfolded and handcuffed, to what he believed was a local police station. The Russian forces asked him whether he was a protest organizer, and when he said no, they hit him with his shoe, knocking him over, and kicked and punched him for several minutes. "I told them I was not a protest organizer, just a patriot of my country, Ukraine. They said, there is no such country."

The Russian forces made him take off his jeans, taped his legs together and continued beating him. They administered electric shocks through clips they attached to his earlobes, at first for a few seconds, then for up to 20 seconds, while asking questions about protests and his volunteer work. "Everything went dark and I saw orange spots," he said. "They took an automatic [weapon] and pointed it at my groin and told me to prepare to die."

After 90 minutes, they led him to a cell, where, he said, he coughed up blood for three hours. On his third day in custody, Russian security personnel blindfolded him and took him to the facility's second floor, where they made him read on camera a statement they had written, that he had organized protests, urging people not to attend protests, and to trust the new authorities.

They warned that if he did not do the recording, they would detain his son and grandson. "One man held the [text], one filmed, and a third stood behind the camera with his automatic pointed at me. They made me read it twice, as they didn't like the first one." Russian forces released him after holding him three days in detention.

He sought medical help for numerous bruises, broken blood vessels in his eyes, and leg injuries. He left on April 5 for a city under Ukrainian control, where he was hospitalized and treated for the injuries, mainly to his ankles. "The soft tissue was crushed. I had about 20 centimeters of [swelling] under the skin and [was at risk of] gangrene. The [doctors] removed it and I had a skin graft. I lay in bed for 22 days without getting up [and] was discharged on May 18."

*Journalists and Volunteers**Novaya Kakhovka*

On March 12, Russian forces detained and held incommunicado Oleh Baturin, a journalist from Kherson region. Baturin told Human Rights Watch that on the morning of March 10, he received a message apparently from his friend, Serhiy Tsyhyha, a former Donbas veteran, asking to meet. When Baturin did not see Tsyhyha at the rendezvous point in Kakhovka, a nearby town, he started walking away. Several men in military garb ran toward him: "They screamed for me to get on the ground, handcuffed me and pulled the hood of my jacket over my head so I could not see anything. They didn't say who they were, did not tell me what I was accused of or why I was being abducted in this manner."

The military took Baturin to a local administrative building, where they questioned and beat him: "They told me I was done with [journalism] and threatened to kill me." Then they took him to the Kherson city police station, where he was questioned again. "All the while I could hear people screaming somewhere nearby and I heard shooting from automatic weapons." Baturin spent the night in an unheated room at the police station, handcuffed to a radiator. The next day he was taken to a pretrial detention facility in Kherson, where he was questioned every day until his release on March 20.

Tsyhyha is still missing. His wife, Olena, said that witnesses saw him being detained at a checkpoint. A passerby found Tsyhyha's dog, who was with him the day he disappeared, tied up outside city hall.

Snihurivka

On April 6, Russian forces detained Yurii, a Baptist pastor, at a checkpoint in Snihurivka, in Mykolaiv region, near the administrative border with Kherson region, where he had purchased food, medicines, and other basic items for the community in Kherson. After finding several photos on his phone of Russian military equipment, taken in the first days of the invasion, they drove him to a police lock-up.

They held him for six days, in a small freezing cell with no electricity, little food, and barely any water. They questioned him about his involvement in protests and his role as a priest in encouraging people to protest. They confiscated his car, with US\$2,000 worth of medicines and humanitarian aid, and what he said was \$6,000 of his own money. Russian soldiers at the checkpoint told Yurii that his car was with the FSB in Kherson. He was released under condition that he continue delivering aid to Kherson and pass on information about Ukrainian checkpoints to Russian forces.

Yuri fled Kherson with his wife the next day.

Local Officials, Civil Servants

In newly occupied areas, Russian authorities arrested numerous elected officials, business owners, community activists and people with influence, including the mayor of Melitopol, the mayor of Kherson city, and heads of local administrations. Tasheva, the Ukraine president's representative, said that as of June 28, among the 431 cases of unlawful detention that Ukrainian law enforcement agencies had opened were six involving mayors of cities in the Kherson region, the heads of three local territorial administration units, 17 regional and local council members, and 43 law enforcement officials. She said 162 were still in detention.

Human Rights Watch documented cases in which a former municipal volunteer, a former policeman, and a head of a regional administration were either detained, or whose family members were unlawfully detained, apparently to pressure them. One remains in custody.

Russian forces in Kherson detained a 36-year-old former policeman on May 27, after they searched his house and found his police uniform and his father's hunting rifle, his wife said. The man had worked on the police hotline.

The man's family went every day to the military commandant's office but were given no information on his whereabouts. "They told us that ... that someone was 'working on him,'" his wife said. Eventually she started going to the pretrial detention center, where on the 28th day of her husband's detention, a guard accepted the food parcel she had brought for him. Her husband was released on July 12. His wife did not wish to discuss his physical condition, aside from noting that he bore "marks of physical violence." "You know how they torture people there," she said.

On April 8, Russian forces detained Vladyslav (Vlad) Buryak, 16, at a Russian checkpoint in Vasylivka, about 70 kilometers from Melitopol, as he was attempting to get to Zaporizhzhia, said his father, the head of Zaporizhzhia regional administration. The father had left Melitopol earlier fearing for his safety, but his son refused to leave because his grandfather was ill and could not travel.

As the soldiers checked passengers' documents, one of them saw Vlad looking at his phone. They demanded to see it and found several pro-Ukraine Telegram channels on it. One of the soldiers told Vlad to get out of the car, pointed a gun at him and asked if he should shoot him on the spot. The military interrogated Vlad for three hours and, upon discovering who his father was, took him to a police holding facility in Vasylivka, where they kept him in a solitary cell. Buryak told HRW that while in detention, his son was forced to wash the bloodied floors in the facility, including in empty cells, "where Ukrainian [military] were tortured."

After Vlad spent 48 days in detention, the Russian military transported him to a hotel in Melitopol, where he was held for an additional 42 days, but had regular access to a phone and was able to contact his family. On July 7, Vlad was released.

On June 30, armed Russian forces detained 40-year-old "Alina" and her ex-mother-in-law at Alina's former husband's house near Kherson, where they all had been staying since the invasion, Alina's sister said.

The sister said she believes they were detained because of Alina and her former husband's participation in the Kherson municipal guard, a community police force set up for a short period of time following the Russian occupation to address looting and destruction. The sister said she believes that the Russian forces have a list of all the participants and have detained many of them.

The soldiers detained Alina and her ex-mother-in-law and forced Alina to leave her 6-year-old son with a neighbor. The authorities released Alina the following evening, but her ex-mother-in-law remained in detention at the time of the interview. Alina delivers clean clothes and medicine to the facility for her ex-mother-in-law's diabetes and liver problems. She said her ex-mother-in-law's soiled clothes have blood stains.

Alina told her sister that she believes they are holding her ex-mother-in-law until her son, Aiyana's former husband who managed to leave Kherson, returns to Kherson and they can detain him.

(...)

Legal Obligations

All parties to the armed conflict in Ukraine are obligated to abide by international humanitarian law, or the laws of war, including the Geneva Conventions of 1949, the First Additional Protocol to the Geneva Conventions, and cus-

tomary international law. Belligerent armed forces that have effective control of an area are subject to the international law of occupation found in the Hague Regulations of 1907 and the Geneva Conventions. International human rights law, including notably both the International Covenant on Civil and Political Rights and the European Convention on Human Rights, is applicable at all times.

The laws of war prohibit attacks on civilians, forced transfers of civilians, summary executions, torture, enforced disappearances, unlawful confinement, and inhumane treatment of detainees. Pillage and looting of property are also prohibited. A party to the conflict occupying territory is generally responsible for ensuring that food, water, and medical care are available to the population under its control, and to facilitate assistance by relief agencies.

The Third Geneva Convention governs the treatment of prisoners of war, effective from the moment of capture. This includes obligations to treat them humanely at all times. It is a war crime to willfully kill, mistreat, or torture POWs, or to willfully cause great suffering, or serious injury to body or health. No torture or other form of coercion may be inflicted on POWs to obtain from them any type of information.

Anyone who orders or commits serious violations of the laws of war with criminal intent, or aids and abets violations, is responsible for war crimes. Commanders of forces who knew or had reason to know about such crimes, but did not attempt to stop them or punish those responsible, are criminally liable for war crimes as a matter of command responsibility.

Russia and Ukraine have obligations under the Geneva Conventions to investigate alleged war crimes committed by their forces, or on their territory, and appropriately prosecute those responsible. Victims of abuses and their families should receive prompt and adequate redress.

Quelle: Human Rights Watch, 22.07.2022, <https://www.hrw.org/news/2022/07/22/ukraine-torture-disappearances-occupied-south>.

War and Annexation. The “People’s Republics” of eastern Ukraine in 2022. Annual Report (Ausschnitt)

Die Website civicmonitoring.org beobachtet seit Jahren die Entwicklungen in den von Russland kontrollierten und 2022 annektierten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk und bringt neben kürzeren Newslettern auch umfangreiche Jahresberichte heraus. Im Folgenden der Ausschnitt über die Lage der Menschenrechte in den »Volksrepubliken« aus dem im März 2023 erschienenen Jahresbericht 2022.

Human Rights

The human rights situation, already catastrophic, worsened further due to the war. Apart from ubiquitous war crimes, the biggest issue was probably the treatment of civilians in the newly occupied territories. Ukrainian rights groups and officials accused Moscow of abductions and mass deportations to Russia.

The OSCE’s Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) said in two reports released in 2022 that Russia was violating multiple provisions of Humanitarian Law and Human Rights in Ukraine.

In February 2023, the UN refugee agency UNHCR accused Russia of violating “fundamental principles of child protection” in wartime by giving Ukrainian children from occupied areas Russian passports and putting them up for adoption. The UNHCR said that it could not provide numbers, but the US group Conflict Observatory said in a report published in the same month that Moscow had systematically relocated at least 6,000 children to Russia. Ukrainian officials have put that number much higher, saying that at least 13,000 children had been brought to Russia. Human rights experts have called Russia’s treatment of Ukrainian children a war crime, while others, like historian Timothy Snyder have called for classifying it as genocide.

The exact number of Ukrainians that entered Russia since 24 February 2022 is not clear. The government in Moscow spoke of 5 million refugees in December, while the UNHCR only gives the number of 2.8 million border crossings. (These figures also include cases from outside Donbas).

Forced mobilization meant that large parts of the male population were being press ganged into the local armed formations regardless of their will or citizenship. While there was little documentation, rights activists said that recruiters in the “People’s Republics” have also enlisted Ukrainian passport holders on the basis that they were born on “DNR”

territory. This practice is widely seen as a war crime, because it forces inhabitants of an occupied territory to betray their allegiance to their state of origin. Ukrainian human rights activists also said that the “DNR” and “LNR” were recruiting 16- and 17-year old minors.

The practice of arbitrary extra-legal detentions also continued. At least four local staff members of the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) in Donetsk and Luhansk were abducted and accused of espionage for Ukraine after the OSCE’s Monitoring Mission was evacuated following the invasion. By September, three of them were still being held—and the two in Luhansk had been sentenced to 13 years in prison (Newsletter 106).

Der gesamte Jahresbericht, der am 17.03.2023 erschienen ist, ist frei zugänglich unter <https://civicmonitoring.org/war-and-annexation-the-peoples-republics-of-eastern-ukraine-in-2022/>.

Terror, disappearances and mass deportation

Am 1. März 2023 sprach Jewhen Sacharow, Direktor der Charkiwer Gruppe zum Schutz der Menschenrechte (KHPG), vor dem Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlaments. Er schilderte das Schicksal der ukrainischen Bürger:innen in den heute von Russland besetzten Gebieten. Dies ist eine aktualisierte Fassung seiner Rede.

Individual targets

Russia’s goal in unleashing its all-out war late in February 2022 was to destroy the Ukrainian State and those of its citizens who defended and supported the State. To this end Russia’s political and military leadership adopted a ‘scorched earth’ policy: every town or city that resisted Russia’s advance was promptly bombed and attacked from the air, the civilian population and civil sites being singled out for attack. Thousands of civilians were killed or wounded; tens of thousands of buildings were damaged or destroyed; millions became refugees or were internally displaced.

In the territories it now occupied, Russia’s aims were to destroy all politically aware Ukrainians, intimidate the rest of the population, and force them to move to Russia or to parts of Ukraine where the inhabitants were ‘loyal’ to the Russian regime. Russian counter-intelligence divided Ukraine’s citizens into four groups, those who

1. merited physical destruction or elimination,
2. were to be oppressed and intimidated,
3. could be persuaded to collaborate, and
4. those already willing to collaborate.

Particular targets of the occupying forces were priests and pastors, journalists, businessmen & women, public figures, local deputies, staff of local authorities, rescue workers, border police, law-enforcement officers and, especially, former soldiers who fought in 2014–2021 against the occupying Russian forces. The invaders, it almost seemed, had ready-made lists of such people. They were kidnapped and disappeared. Or they were unlawfully arrested and detained in unofficial and frequently quite unsuitable premises. The conditions were themselves a form of torture.

The detainees were cruelly treated to obtain useful information or induce them to collaborate. After the Kharkiv Region was liberated in autumn 2022 no less than 25 such torture centres places were discovered — in Iziium, Kupiansk, Balakliya, Vovchansk and other locations. Descriptions of some of these places, and testimony from the victims may be found on the KHPG website.

The disappeared

KHPG lawyers are currently dealing with 26 cases of torture; they know all too well the methods the invaders use to try and break the will of their captives. Our lawyers are pursuing 111 cases where people have disappeared. This is a very difficult task. The occupying forces, the Donetsk and Luhansk “people’s republics”, and the Russian authorities do not want to say where detainees are being held. We know that 40 of those 111 individuals were detained, but only in two instances do we know where they are today.

What is the full extent of these crimes? As of 8 March 2023, the Tribunal for Putin (T4P) database recorded the details of 614 individuals who were unlawfully detained (including 18 children), but of no less than 3,639 who had disappeared, among them 118 under-age victims. Most of the disappeared were reported in the Kharkiv Region (2,065

including 86 children) and in the Kherson (537, three children), Zaporizhzhia (434, seven children) and Luhansk (310, 14 children) Regions.

The great majority of these cases can provisionally be classified as ‘enforced disappearances’. All efforts by their relatives to find them have been met either with a refusal to reply or the assertion that their current location is unknown. In the best cases, the International Red Cross can say that the person is in Russia — but where exactly is not specified. This enormous figure, 3,639 disappearances, represents only the tip of the iceberg. The number of enforced disappearances may in reality be much higher. As of 7 February 2023, the authorities registered well over nineteen thousand people (19,635) as missing. Since not all relatives of the missing report their absence to the police the figure may be higher still.

Unlawful detention or custody without a court order, and enforced disappearances that conceal the whereabouts of the missing person, are gross violations of human rights. They may be provisionally classified, under Article 7:1 [i] of the Rome Statute, as ‘Crimes against Humanity’.

Deportation and filtration

Another terror tactic against the population of the occupied territories is enforced deportation to Russia. This occurs from ‘considerations of safety’ because Ukraine’s armed forces are about to attack, as happened in the Kherson Region, or on the pretext of saving people from the danger of remaining in a zone of active hostilities, as was the case in Mariupol (Donetsk Region). At times, it has happened for no good reason at all. Why did the Russians, for example, deport two thousand prisoners serving time in Ukraine’s prisons and penal colonies to Russia, or move several hundred patients there from mental hospitals?

In order to prevent Ukrainian citizens who do not support Russia from entering the country, everyone travelling to Russia must pass through ‘filtration’.

‘Filtration’ is the enforced, unregulated process whereby the personal details of detained individuals are clarified; as are their social contacts, views and opinions about the occupying power; whether they represent a danger to the regime or the Russian occupiers; and if they are ready to collaborate with the occupying forces.

There are two stages in the filtration process.

One, the ID documents of all refugees must be checked, their finger-prints taken, and an initial questioning is held at filtration ‘points’. These procedures may only take a few hours; they may go on for days, depending on the number of people queuing up at the filtration point. Attention focuses particularly on the men, especially those of conscription age, who are questioned with especial thoroughness that sometimes involves the use of violence. Those in charge attempt to find out whether someone served earlier in Ukraine’s armed forces, law-enforcement or border guards, or in other local and national government posts. Women are asked where their husbands are: perhaps they’re away in the ranks of the army? Everyone’s mobile phone is examined for pro-Ukrainian slogans or songs. If a person is suspected of ‘disloyalty’ to Russia he or she is detained and separated from the family, even mothers from their children.

The detainees are sent under armed escort for a longer and more intense form of filtration, spending 30 days in a filtration camp. These locations, in most cases unofficial, are distinguished by their bad conditions: overcrowding; poor food; frequently no access to water, light, fresh air or toilets; and a lack of medical treatment. Interrogations involve violence, torture and the participation of FSB officers: the goal is to break the individual and obtain an admission of loyalty to Russia. People who undergo this second stage of filtration disappear without trace and nothing is known of their ultimate fate. Some say they are tried by Russian courts “for resisting the Special Military Operation” (Russia’s name for the war); at least one case of this happening is known.

How many people have been sent to filtration camps? How many have been released from such camps? We don’t know; we don’t have access to the statistics. In 2022, between two and 2.7 million Ukrainian citizens were transferred to Russia. The majority of families were forced to move — they were given no opportunity to go to less dangerous parts of Ukraine.

It’s hard to say how many of these ‘refugees’ have subsequently left Russia. Rights activist and volunteers in Russia have strongly supported Ukrainian citizens to move to Europe, even when they lack the necessary papers; they have aided them to overcome all obstacles and the reluctance of the Russian authorities to let them go.

I’d like to finish my address with words of thanks to those fearless Russians.

Quelle: Website der internationalen NGO-Koalition »T4P« (Tribunal for Putin), 14.03.2023, <https://t4pua.org/en/1506>.

Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) gegen Wladimir Putin wegen der Verschleppung von Kindern aus besetzten ukrainischen Gebieten nach Russland

ICC judges issue arrest warrants against Vladimir Vladimirovich Putin and Maria Alekseyevna Lvova-Belova

Today, 17 March 2023, Pre-Trial Chamber II of the International Criminal Court (“ICC” or “the Court”) issued warrants of arrest for two individuals in the context of the situation in Ukraine: Mr Vladimir Vladimirovich Putin and Ms Maria Alekseyevna Lvova-Belova.

Mr Vladimir Vladimirovich Putin, born on 7 October 1952, President of the Russian Federation, is allegedly responsible for the war crime of unlawful deportation of population (children) and that of unlawful transfer of population (children) from occupied areas of Ukraine to the Russian Federation (under articles 8(2)(a)(vii) and 8(2)(b)(viii) of the Rome Statute). The crimes were allegedly committed in Ukrainian occupied territory at least from 24 February 2022. There are reasonable grounds to believe that Mr Putin bears individual criminal responsibility for the aforementioned crimes, (i) for having committed the acts directly, jointly with others and/or through others (article 25(3) (a) of the Rome Statute), and (ii) for his failure to exercise control properly over civilian and military subordinates who committed the acts, or allowed for their commission, and who were under his effective authority and control, pursuant to superior responsibility (article 28(b) of the Rome Statute).

Ms Maria Alekseyevna Lvova-Belova, born on 25 October 1984, Commissioner for Children’s Rights in the Office of the President of the Russian Federation, is allegedly responsible for the war crime of unlawful deportation of population (children) and that of unlawful transfer of population (children) from occupied areas of Ukraine to the Russian Federation (under articles 8(2)(a)(vii) and 8(2)(b)(viii) of the Rome Statute). The crimes were allegedly committed in Ukrainian occupied territory at least from 24 February 2022. There are reasonable grounds to believe that Ms Lvova-Belova bears individual criminal responsibility for the aforementioned crimes, for having committed the acts directly, jointly with others and/or through others (article 25(3)(a) of the Rome Statute).

Pre-Trial Chamber II considered, based on the Prosecution’s applications of 22 February 2023, that there are reasonable grounds to believe that each suspect bears responsibility for the war crime of unlawful deportation of population and that of unlawful transfer of population from occupied areas of Ukraine to the Russian Federation, in prejudice of Ukrainian children.

The Chamber considered that the warrants are secret in order to protect victims and witnesses and also to safeguard the investigation. Nevertheless, mindful that the conduct addressed in the present situation is allegedly ongoing, and that the public awareness of the warrants may contribute to the prevention of the further commission of crimes, the Chamber considered that it is in the interests of justice to authorise the Registry to publicly disclose the existence of the warrants, the name of the suspects, the crimes for which the warrants are issued, and the modes of liability as established by the Chamber.

The abovementioned warrants of arrests were issued pursuant to the applications submitted by the Prosecution on 22 February 2023.

Quelle: Internationaler Strafgerichtshof, 17.03.2023, <https://www.icc-cpi.int/news/situation-ukraine-icc-judges-issue-arrest-warrants-against-vladimir-vladimirovich-putin-and>.

Statement by Prosecutor Karim A. A. Khan KC on the issuance of arrest warrants against President Vladimir Putin and Ms Maria Lvova-Belova

On 22 February 2023, I submitted applications to Pre-Trial Chamber II of the International Criminal Court for warrants of arrest in the context of the Situation in Ukraine.

Today, the Pre-Trial Chamber has issued arrest warrants in relation to the following two individuals:

- Mr Vladimir Putin, President of the Russian Federation; and
- Ms Maria Lvova-Belova, Commissioner for Children’s Rights in the Office of the President of the Russian Federation.

On the basis of evidence collected and analysed by my Office pursuant to its independent investigations, the Pre-Trial Chamber has confirmed that there are reasonable grounds to believe that President Putin and Ms Lvova-Belova bear criminal responsibility for the unlawful deportation and transfer of Ukrainian children from occupied areas of Ukraine to the Russian Federation, contrary to article 8(2)(a)(vii) and article 8(2)(b)(viii) of the Rome Statute.

Incidents identified by my Office include the deportation of at least hundreds of children taken from orphanages and children's care homes. Many of these children, we allege, have since been given for adoption in the Russian Federation. The law was changed in the Russian Federation, through Presidential decrees issued by President Putin, to expedite the conferral of Russian citizenship, making it easier for them to be adopted by Russian families.

My Office alleges that these acts, amongst others, demonstrate an intention to permanently remove these children from their own country. At the time of these deportations, the Ukrainian children were protected persons under the Fourth Geneva Convention.

We also underlined in our application that most acts in this pattern of deportations were carried out in the context of the acts of aggression committed by Russian military forces against the sovereignty and territorial integrity of Ukraine which began in 2014.

In September last year, I addressed the United Nations Security Council and emphasised that the investigation of alleged illegal deportation of children from Ukraine was a priority for my Office. The human impact of these crimes was also made clear during my most recent visit to Ukraine. While there, I visited one of the care homes from which children were allegedly taken, close to the current frontlines of the conflict. The accounts of those who had cared for these children, and their fears as to what had become of them, underlined the urgent need for action.

We must ensure that those responsible for alleged crimes are held accountable and that children are returned to their families and communities. As I stated at the time, we cannot allow children to be treated as if they are the spoils of war.

Since taking up my position as Prosecutor, I have emphasised that the law must provide shelter to the most vulnerable on the front lines, and that we also must put the experiences of children in conflict at the centre of our work. To do this, we have sought to bring our work closer to communities, draw on advanced technological tools and, crucially, build innovative partnerships in support of our investigative work.

I am grateful for the support of many partners of the Office that have allowed us to move forward rapidly in the collection of evidence. I wish to express my thanks in particular to the Office of the Prosecutor General of Ukraine whose engagement has been essential in supporting the work my Office has carried out, including on the ground in Ukraine. Our participation in the Joint Investigation Team with national authorities from seven States, under the auspices of Eurojust, has also facilitated swift access to relevant information and evidence.

I will also continue to seek cooperation from the Russian Federation in relation to the Situation in Ukraine, and ensure my Office fully meets its responsibility pursuant to article 54 of the Rome Statute to investigate incriminating and exonerating circumstances equally.

Whilst today is a first, concrete step with respect to the Situation in Ukraine, my Office continues to develop multiple, interconnected lines of investigation.

As I stated when in Bucha last May, Ukraine is a crime scene that encompasses a complex and broad range of alleged international crimes. We will not hesitate to submit further applications for warrants of arrest when the evidence requires us to do so.

Quelle: Internationaler Strafgerichtshof, 17.03.2023, <https://www.icc-cpi.int/news/statement-prosecutor-karim-khan-kc-issuance-arrest-warrants-against-president-vladimir-putin>.

Die Wiedereingliederung des Donbas nach dem Krieg: eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Von Dmitri Stratievski (Osteuropa-Zentrum Berlin)

DOI: 10.31205/UA.282.02

Zusammenfassung

Einer der wichtigsten Sprüche der Maidan-Proteste 2013–2014 lautete: »Schid i Sachid rasom!« (»Ost und West sind zusammen!«). Dieses Motto bleibt aktuell. Nach Beendigung des Krieges wird die Reintegration des jahrelang von Russland besetzten Donbas' und seiner Menschen zu einer Herausforderung für die gesamte Ukraine werden. Die Wiedereingliederung ist jedoch nicht nur als Zukunftsaufgabe für morgen zu verstehen. Sie muss bereits heute in ihrer ganzen Breite konzipiert, in der Gesellschaft ausdiskutiert, auf Regierungsebene beschlossen und kommuniziert werden, vor allem gegenüber den Menschen in den besetzten Gebieten.

Re-Integrationsprozess notwendig, aber problematisch

Die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine ist das erklärte Ziel der ukrainischen Regierung. Auch die Gesellschaft spricht sich klar dafür aus: In einer repräsentativen Umfrage von Mitte Februar 2023 waren nur 9 Prozent der Bevölkerung zu territorialen Konzessionen bereit. 2022 haben die ukrainischen Streitkräfte mehr als die Hälfte der seit Februar 2022 von Russland besetzten Gebiete befreit. Bilder von jubelnden Menschen in Cherson oder Balaklija lassen keinen Zweifel daran, dass dort der Frieden weitgehend ohne besondere staatliche Reintegrationskonzepte einkehrt. Komplizierter ist die Situation in weiten Teilen des Donbas – den selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk – die inzwischen neun lange Jahre außerhalb der ukrainischen Hoheit liegen. Im Kriegskontext operiert Kyjiw ausschließlich in militärischen Denkmustern. Diese Logik ist nachvollziehbar. Wie wird jedoch das Zusammenleben aller Ukrainer:innen in einem gemeinsamen Haus funktionieren, nachdem die russischen Truppen eines Tages komplett aus dem Donbas vertrieben werden und die ukrainische Fahne wieder über den Verwaltungsgebäuden in Donezk und Luhansk wehen wird?

Die Reintegration von geschätzt 3,5 Millionen Menschen, die seit fast einem Jahrzehnt in einem nicht anerkannten und de-facto von Moskau kontrollierten Niemandsland unter russischem medialen, kulturellen und rechtlichen Einfluss leben, wird nicht automatisch passieren. Die – strategisch durchaus nachvollziehbare – Devise »Erst der Sieg auf dem Schlachtfeld und dann die Versöhnung« verbirgt zahlreiche unkalkulierbare Risiken und Probleme, die im Nachhinein schwer reparabel sind. Eine ernsthafte Debatte ist daher schon jetzt nötig, wird aktuell aber kaum geführt. Die Ukraine braucht eine ausgearbeitete, vielschichtige Strategie, die die Interessen aller Menschen in der Ukraine mitberücksichtigt und den Bürger:innen im äußersten Osten des Landes kom-

muniziert wird. Wie schwierig dies sein wird, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre. Im Oktober 2019 protestierten die Menschen in mehreren ukrainischen Städten gegen das Gesetz über den Sonderstatus des Donbas'. Allein in Kyjiw versammelten sich damals mehr als 10.000 Menschen auf dem Unabhängigkeitsplatz, darunter Freiwillige aus dem Osten der Ukraine, um das Vorhaben lautstark zu kritisieren. Nicht alle Gruppen in der Gesellschaft werden die Maßnahmen begrüßen, so dass hier eine intensive Überzeugungsarbeit notwendig ist.

Die ukrainische Exekutive und Legislative verfügen bereits über entsprechende Institutionen. Die Vorbereitung der Wiedereingliederung kann im Ministerium für Reintegration der vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine in Kooperation mit dem Justizministerium erfolgen. Im ukrainischen Parlament ist mit dem Ausschuss für Menschenrechte, De-Okkupation und Re-Integration der vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine, für nationale Minderheiten und interethnische Beziehungen ebenfalls ein zuständiges Gremium vorhanden. Das Wiedereingliederungskonzept sollte folgende (integrations-)politische, juristische, identitätsstiftende und wirtschaftliche Maßnahmen beinhalten.

Informationspolitische Maßnahmen

Anfang 2016 haben die Machthabenden in der »Volksrepublik« Donezk (DNR) den Kabelanbietern per Dekret befohlen, die letzten ukrainischen Sender abzustellen. Selbst Sport-, Kultur- und Kindersender aus der freien Ukraine galten ab sofort als »extremistisch«. Ein ähnliches Vorgehen gab es in der »Volksrepublik« Luhansk (LNR). Seitdem haben die Menschen im besetzten Donbas nur eingeschränkte Möglichkeiten, Informationen aus der Rest-Ukraine zu erhalten. Das russische Fernsehen ist hingegen omnipräsent. Über den Kabelanschluss waren 2020 in Donezk 34 Sender zu empfangen, davon 29 aus Russland und fünf örtliche, die in ihrer Ausrichtung keine Unterschiede zu den russischen Sen-

dern aufweisen. In der Region gibt es eine relativ hohe Anzahl von Internetanschlüssen. So haben zumindest die Großstadtbewohner:innen theoretisch einen Zugang zur ukrainischen Berichterstattung über YouTube, Messenger- und Streamingdienste, einschließlich »Freedom« (ein 2022 gestartetes russischsprachiges Projekt mehrerer ukrainischer Fernsehanstalten für ein russisches Zielpublikum), sowie zu russischsprachigen Angeboten von westlichen Medien oder Portalen von regimekritischen Exil-Russ:innen. In der Praxis sind diese Quellen auf die Bedürfnisse der Menschen im Donbas wenig zugeschnitten. Sie betrachten das Kriegsgeschehen im Ganzen. Lokale Themen und Sorgen aus Makijiwka, Tschernuchino und Jenakijewo finden im aktuellen Informationsfluss keine besondere Beachtung. Ein ukrainischer, staatlich finanzierter Sender »Voice of Donbas« auf YouTube könnte viele »kleine« Fragen der Menschen beantworten, örtliche Probleme mithilfe lokaler Sympathisant:innen aufgreifen und das Meinungsmonopol des Kremls in der Region durchbrechen, selbst wenn es bis zur Befreiung keine Vertretung vor Ort geben wird.

Beide »Volksrepubliken« funktionieren wie ein geschlossenes Gebilde mit recht beschränkten Kontakten zur Außenwelt bis auf Russland. Diese Gesellschaften sind aber nicht homogen. Eine neue Generation, 2014 noch im Kindesalter, ist inzwischen weitgehend isoliert groß geworden und hat wenig Verbundenheit mit der Ukraine. Sie kennen das Vorkriegsleben sehr wenig und haben durch das Bildungswesen erzeugte Feindbilder im Kopf, die nicht einfach abzubauen sind. Ältere erinnern sich hingegen an die Zeiten, als Donezk zu den wohlhabendsten Städten zählte – nicht nur der Ukraine, sondern der großen Sowjetunion. Trotz dieser Heterogenität gibt es Unzufriedene in jeder Altersgruppe. Sie wollen sich mit dem gegenwärtigen Stand nicht mehr abfinden, kennen jedoch keine Alternative. Eine Stimme aus der freien Ukraine, die verschiedene Zielgruppen anspricht, Vorteile der Westannäherung aus verschiedenen (vor allem ökonomischen) Perspektiven erläutert und einen ehrlichen Dialog über die Zukunft des Donbas in der vereinigten Ukraine auf Augenhöhe führt, wird in der Region dringend gebraucht. Prominente Persönlichkeiten, die diese Teile der Ukraine nach 2014 notgedrungen verlassen haben, können dabei als vor Ort verankerte Multiplikator:innen agieren und nicht zuletzt die Inhalte des Reintegrationsvorhabens vermitteln. Während für die Jüngeren in den Städten Social Media zu bespielen wären, wäre für die Älteren und die ländliche Bevölkerung ein konventionelles Radioangebot auf Kurzwellen geeignet.

Gesetzlichen Rahmen klar festlegen und Gleichstellung garantieren

Auch diejenigen in den »Volksrepubliken«, die nicht kollaborationswillig sind und sich eine bessere Zukunft

wünschen, verbinden mit der Befreiung durch ukrainische Truppen spürbare Ängste. Gleichbehandlung in vielen Bereichen wie Arbeit, Ausbildung, Renten, Bildung, Eigentum, Gewerbe und Einzelhandel – vieles bleibt für die potenziell Betroffenen offen. Die Rechte aller Ukrainer:innen sind zwar in der Verfassung garantiert, eine außerordentliche Situation bedarf aber einer zusätzlichen rechtlichen Grundlage. Daher ist ein Gesetz über die Wiedereingliederung der ukrainischen Staatsbürger:innen aus den befreiten Teilen der Ukraine erforderlich, in dem die Gleichberechtigung aller Menschen aus dem gesamten Land festgeschrieben wird, eine breite Palette von sozialpolitischen Fragen unmissverständlich geklärt wird und jede Verfolgung oder Benachteiligung von Unschuldigen ausgeschlossen wird. Der Gesetzentwurf muss Gegenstand der öffentlichen Debatte in der Ukraine werden und von der Mehrheit der Menschen auf beiden Seiten der gegenwärtigen Frontlinie mitgetragen werden.

Ein großer Stolperstein auf dem Weg zur Umsetzung der Aussöhnungsstrategie im Donbas bildet das Thema Kollaboration, auch wenn der Anspruch eines souveränen Staates auf die strafrechtliche Verfolgung von Kollaborateur:innen und Kriegsverbrecher:innen nicht infrage zu stellen ist. Das Völkerrecht bietet keine klare Deutung des Begriffes »Kollaboration«, im Gegensatz beispielsweise zum Begriff des »Angriffskriegs«. Der juristische Spielraum obliegt in diesem Fall dem nationalen Recht. Nur eine einzige Kategorie von Verdächtigen (Ärzt:innen) genießt einen besonderen Schutz im Sinne des humanitären Völkerrechts. Im Frühjahr 2022 hat die Werchowna Rada die Gesetze 5143 und 5144 verabschiedet. Darin wurden der Paragraph 111.1 »Kollaboration« des StGB der Ukraine verschärft und der neue Paragraph 111.2 »Beihilfe dem Aggressorstaat« eingeführt. Zusammenfassend werden darin die Nichtanerkennung des Angriffskriegs gegen die Ukraine, die Organisation von Propagandaveranstaltungen zugunsten der Besatzungsmacht, das Innehaben von Ämtern in Verantwortungspositionen im Dienst der Besatzer und weitere Delikte unter Strafe gestellt. Die Ausübung »kleinerer« weisungsgebundener Funktionen in der Besatzungsverwaltung wird mit einem Berufsverbot für 10–15 Jahre, mit oder ohne Beschlagnahmung des persönlichen Eigentums, belegt. Laut ukrainischen Medien erkannte die Regierung im Sommer 2022 einige Ungenauigkeiten in der Gesetzgebung. Nicht zuletzt wegen der Kritik von Menschenrechtler:innen wurde eine Arbeitsgruppe im Reintegrationsministerium gebildet, die die Kollaborationsbekämpfungsgesetze präzisieren und novellieren sollte. Das Ergebnis ist der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt. Auch die jüngsten Ermittlungen gegen Kollaborateure in den befreiten Gegenden um Charkiw zeigen einen Nachholbedarf. Muss jede Sachbearbeiterin im Veterinär- oder Grünflächenamt in Luhansk oder jeder

Vorarbeiter einer »staatlichen« Eisenbahngesellschaft in Donezk ab sofort eine Strafe fürchten? Werden alle Schul- und Hochschullehrer:innen sanktioniert – auch solche die nicht-ideologisierte Fächer unterrichtet haben – oder betrifft es ausschließlich Propagandist:innen und die leitende Ebene wie Direktor:innen und Rektor:innen? Solche sensiblen Fragen müssen im Vorfeld geklärt werden, eventuell unter Berücksichtigung der ost- und mittelosteuropäischen Erfahrungen nach 1990. Ein Beispiel der Behandlung von Mitläufer:innen eines Unrechtregimes nach einer demokratischen Wende bietet das wiedervereinigte Deutschland, wo es nur für bestimmte Gruppen der ehemaligen sozialistischen Elite Berufseinschränkungen gab. Im Fokus standen Geheimdienst-Mitarbeitende, Parteifunktionäre und andere Personen, die an der Unterdrückung der Andersdenkenden unmittelbar beteiligt waren. Größere Gruppen von DDR-Staatsbediensteten waren davon nicht betroffen. Ähnliche Gesetze traten 1991 in der (damals noch) Tschechoslowakei, 1993 in Lettland, 1994 in Ungarn und 1997 in Polen in Kraft. Menschenrechtsorganisationen berichteten zudem über Zwangsrekrutierungen in unterschiedlichen Berufsbereichen im besetzten Donbas. Daher wäre die Einschätzung des individuellen Handlungsspielraums jeder Person im Rahmen einer juristisch unanfechtbaren Einzelpflicht nötig. Auch braucht es eine klare Linie hinsichtlich der Inhaber:innen russischer Pässe, die seit 2019 Hunderttausende erhalten haben. Dazu gab es 2022 widersprüchliche Äußerungen aus der ukrainischen Politik.

Aufwertung der kriegszerstörten Region

Lange Zeit galt der Donbas als das industrielle Herz der Ukraine. Die Arbeit im Bergbau, in der Chemieindustrie oder in der Metallverarbeitung, ob staatlich oder privat betrieben, wurde vergleichsweise gut entlohnt. Kohle und Metall waren ukrainische Exportschlager. Der Bergmann besaß ein noch aus der Sowjetära vererbtes hohes Statussymbol und war Inbegriff eines Menschen, der mit seiner schweren und gefährlichen Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des wirtschaftlichen Rückgrats des Landes leistet. Dieser Mythos schlägt sich bis heute in der Alltagskultur des Donbas' nieder und ist gerade in Donezk und Luhansk stärker präsent als in den benachbarten, ebenfalls durch die sowjetische Schwerindustrie geprägten Gebieten Charkiw, Dnipro oder Saporischschja. Die »Donbas-Identität« ist ein unabdingbarer Teil der regionalen Mentalität und steht keineswegs im Widerspruch zur gesamtukrainischen Identität, weil die besondere Wertschätzung der Arbeitenden und ihrer »Leistung für alle« das ukrainische Wir-Gefühl eher fördern. Parallel dazu wirkte vor 2014 die prächtige Millionenmetropole Donezk, Sitz mehrerer Großkonzerne und Heimatstadt vieler politi-

scher Eliten, als das zweite Einflusszentrum des Landes neben der Hauptstadt Kyjiw.

Wirtschaftlich hatte die Region bereits nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schwer zu kämpfen und bereits von ihrem einstigen Glanz eingebüßt, da viele große Betriebe unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht rentabel waren. Nach der Orangen Revolution von 2004 färbte sich das Porträt der Donbas-Bewohner:innen ins Negative. Das galt besonders für Janukowytschs Präsidentenamtszeit von 2010–2014. Unter der Vorherrschaft seiner »Partei der Regionen«, die tatsächlich im Osten der Ukraine überproportional stark unterstützt wurde, galten die »Donezker«, ein abwertender Sammelbegriff, in Teilen der ukrainischen Gesellschaft als demokratiefeindliche und russlandaffine Sowjetnostalgiker:innen. Der Kriegsausbruch 2014 hat diese Stigmatisierung noch verschärft. Es kamen weitere pauschale Stereotype hinzu. Jetzt kämpfen die einberufenen Männer aus den »Volksrepubliken« auf Seiten der russischen Armee. Das besetzte Gebiet im Donbas ist in den Augen vieler Ukrainer:innen zum Sammelbecken von Mördern und deren Komplizen geworden. »Donezker« gelten als Feinde. Solche Gefühle, Begleiterscheinungen des Krieges, sind erklärlich. Allerdings besteht eine wichtige Aufgabe des ukrainischen Staates darin, diese Vorurteile gegenüber allen Menschen im Donbas sukzessiv zu mildern und abzubauen. Die lokale Bevölkerung im Donbas muss davon überzeugt werden, dass ihre Leistungen für die gesamte Ukraine vor 2014 nicht in Vergessenheit geraten sind. In der vereinigten Ukraine soll der Donbas keine depressive Randprovinz bleiben, sondern den alten Glanz zurückerhalten.

Wiederaufbau und ökonomische Anreize

Dabei wird dem Wiederaufbau eine zentrale Rolle zukommen, denn kein Gebiet in der Ukraine ist durch den Krieg so stark beschädigt worden wie der Donbas, wo ganze Städte wie Bachmut oder Mariupol von der russischen Armee praktisch dem Boden gleich gemacht wurden. Wohnungen, Straßen, Industrie, Infrastruktur – alles muss neu- bzw. wiederaufgebaut werden. Das ist einerseits eine gewaltige Herausforderung, andererseits eine historische Chance, die Region zu modernisieren und als integralen Teil der Ukraine zu einer neuen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturhochburg zu entwickeln.

In diesem Kontext ist ein ehrlicher Dialog mit den Menschen im Donbas notwendig. Denn viele Großbetriebe aus der Vergangenheit sind zum erheblichen Teil unrentabel und produktionstechnisch und ökologisch nicht mehr zeitgemäß – ein bloßer Wiederaufbau der zerstörten Anlagen und Werke macht vielfach keinen Sinn. Der Region droht somit eine neue Massenarbeitslosigkeit. Es braucht umfassende Fortbildungs- und Umschulungsangebote für die Menschen, die sich der veränderten Lage anpassen werden müssen. Es gibt

durchaus Parallelen zum Ruhrgebiet (Industrie- und Bergbauregion, schwere Kriegszerstörungen, Kohlekrise), das sich bis heute in einem umfassenden und tiefgreifenden Strukturwandelprozess befindet. Allein in Duisburg hat rund die Hälfte aller Beschäftigten in der Kohle- und Stahlindustrie ihren Arbeitsplatz verloren. Das große sozialpolitische Problem wurde durch Umschulungsprogramme und neue wirtschaftliche Perspektiven für das Ruhrgebiet gelöst. Der Strukturwandel ist ein langfristiger Prozess, der eher in Jahrzehnten als in Jahren gedacht werden muss, doch auch der Donbas kann diese Transformation erfolgreich schaffen.

Wirtschaftliche und finanzielle Aspekte spielen im Reintegrationsprozess eine wichtige Rolle. Krieg, Misswirtschaft und Abwanderung der arbeitsfähigen Bevölkerung haben die vormals wohlhabenden Gegenden um Donezk und Luhansk verarmen lassen. Korruption, Kriminalität und Willkürherrschaft prägen Politik und Wirtschaft und behindern die Entwicklung von Einzelhandel, Gewerbe und mittelständischen Unternehmen. Durch die Schließung von Bergwerken und Großbetrieben und »Restrukturierungen« gerieten viele Menschen in Arbeitslosigkeit, und die mangelnden Zukunftsaussichten, jahrelangen Kampfhandlungen und fehlenden Sicherheiten führten bei vielen zu Frustration und Apathie.

In dieser äußerst schwierigen Situation könnte ein »Wiederaufbau Ost« den Menschen im Donbas eine neue Perspektive und die Aussicht auf eine Verbesserung ihres Lebensstandards bieten. Selbstverständlich können die Menschen im befreiten Donbas nicht »besser« gestellt werden als ihre Landsleute aus anderen Landesteilen. Ein gezieltes Förderprogramm für den Donbas würde jedoch einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Wir-Gefühls und der Zugehörigkeit zur ukrainischen politischen Nation leisten. Denkbar sind Zuschüsse für die Renovierung von beschädigten Häusern, niedrig verzinsten oder zinslosen Krediten für Freiberufler:innen und für den Mittelstand, vereinfachte Zulassung und Lizenzierung, staatliche Unterstützung bei der Arbeits- und Ausbildungssuche. Momentan ist jedoch keine Rede davon. Das im März erlassene Gesetz 7198 über staatliche Entschädigungszahlungen für nach dem 24. Februar 2022 infolge des russischen Angriffs stark beschädigten oder komplett zerstörten privaten Wohnraum schließt jegliche Leistungen für Eigentümer:innen der Wohnimmobilien, die sich »zum Zeitpunkt der Verhängung des Kriegsrechts im vorübergehend besetzten Gebiet befanden«, explizit aus. Somit wären laut aktueller Gesetzeslage die in den seit 2014 besetzten Teilen des Donbas

lebenden Menschen nach der Befreiung ihrer Region nicht antragsberechtigt.

Ukrainische Kultur retten

Die Kulturpolitik wird beim Konzipieren von strategischen Plänen nicht selten stiefmütterlich behandelt und nur am Rande thematisiert. Die ukrainische Kultur, in den vergangenen Jahren in den »Volksrepubliken« komplett zurückgedrängt und teilweise verboten, braucht künftig eine umfassende Unterstützung des ukrainischen Staates. Der Donbas, vormals eine Wiege der ukrainischen Literatur, Geburtsort von Mychajlo Petrenko, Wolodymyr Sosjura und Wassyl Stus, wartet auf seine kulturelle Renaissance. Ohne finanzielle Sicherheiten werden sich die Kulturschaffenden nicht (wieder) etablieren. Reine Geldspritzen reichen für ein Comeback ukrainischer Kunst und Kultur nicht aus. Dafür benötigt man auch anziehende Beispiele mit hohem Wirkungsgrad. Einflussreiche Persönlichkeiten der Gegenwart aus diversen Bereichen wie Literatur, Sport, Musik und Kunst sowie Internet-Prominenz, wünschenswert in der Region verwurzelt, sollten dafür geworben werden.

Versöhnung großschreiben

Das Zusammenwachsen einer politischen ukrainischen Nation, einschließlich der jetzt noch besetzten Teile des Donbas, ist nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen. Dieser Prozess ist keine Einbahnstraße. Er erfordert sowohl große und systematische Anstrengungen von allen Parteien sowie die Bereitschaft aller, sich von gewohnten Klischees und verfestigten Vorstellungen zu lösen. Die ukrainische Armee wird den Weg zur Wiedervereinigung bereiten. Das Militär kann aber den Kampf um die »Herzen und Seelen« der Menschen nicht gewinnen. Daher muss der Aussöhnung höchste Priorität zugeordnet werden.

Die Re-Integration wird ein Pionierprojekt, da die neueste europäische Geschichte kein vergleichbares Vorhaben kennt. Dementsprechend gibt es kein Patentrezept. Viele Hindernisse und Herausforderungen sind zu überwinden. Generell gilt: die Türen des ukrainischen Hauses sind für alle Menschen aus dem Donbas offen, die die friedliche Zukunft einer demokratischen und unabhängigen Ukraine mitgestalten wollen. Ohne eine detaillierte und vielfältige Roadmap zur Schaffung eines gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Raumes von Lwiw bis Donezk wird es schwierig, dauerhaften Frieden in der Ukraine zu sichern und regierungsfähige Machtstrukturen im Donbas zu etablieren, die auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.

Über den Autor:

Dr. *Dmitri Stratiewski* ist Politologe und Historiker sowie Vorsitzender des Osteuropa-Zentrum Berlin (OEZB e.V.). Er befasst sich mit der Vergangenheit und Gegenwart des postsowjetischen Raumes.

Chronik 11. – 21. Februar 2023

11.02.2023	Bei einem Treffen mit westlichen Wirtschaftsvertretern bekräftigt Präsident Wolodymyr Selenskyj den Wunsch der Ukraine, in zwei Jahren der EU beizutreten. Im Juni 2022 wurde dem Land der offizielle EU-Kandidatenstatus verliehen, politische Beobachter:innen rechnen jedoch mit einem weitaus längeren Beitrittsprozess.
11.02.2023	Das US-Verteidigungsministerium geht davon aus, dass Russland bereits etwa die Hälfte seiner Kampfpanzer in der Ukraine verloren hat. Dadurch haben sich die Fähigkeiten der russischen Armee, insbesondere der Bodentruppen, erheblich verschlechtert. Daher stoße die neue russische Offensive laut Oleksij Danylow, Sekretär des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, auf »große Probleme«. Der Chef der russischen Wagner-Söldnertruppe, Jewgeni Prigoschin, schätzt, dass, die Einnahme der gesamten Oblaste Donezk und Luhansk zwei Jahre dauern könnte.
12.02.2023	Das britische Verteidigungsministerium geht davon aus, dass aktuell die russischen Verluste in der Ukraine die höchsten seit den ersten Wochen der Invasion sind. Laut Angaben des ukrainischen Generalstabs verloren die russischen Streitkräfte am Vortag 1.140 Soldaten. Alleine bei Bachmut, wo besonders schwere Kämpfe toben, sollen 200 russische Soldaten umgekommen sein. Die russische Wagner-Söldnergruppe soll laut russischen Angaben Krasna Hora bei Bachmut eingenommen haben, die Ukraine widerspricht den Angaben.
12.02.2023	Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko teilt mit, dass Russland seit Beginn der Invasion vor knapp einem Jahr mehr als 1.200 medizinische Einrichtungen zerstört oder beschädigt hat, darunter 540 Krankenhäuser.
13.02.2023	Politico berichtet, dass Russland bei den Kämpfen um Wuhledar eine komplette Elite-Brigade mit 5.000 Soldaten verloren haben soll. Dabei handelt es sich um die 155. Marineinfanterie, so ein Sprecher des ukrainischen Militärs gegenüber Politico.
13.02.2023	Russland setzt seine militärischen Angriffe in der Ukraine unvermindert fort. In den letzten 24 Stunden gab es Angriffe in sieben Regionen, wobei mindestens vier Zivilist:innen gestorben sind und drei verletzt wurden.
13.02.2023	Laut einer Umfrage des Munich Security Index wären 89 Prozent der Ukrainer:innen dazu bereit, selbst dann weiter zu kämpfen, wenn Russland taktische Nuklearwaffen einsetzen würde. Außerdem ist für 93 Prozent der Befragten ein Waffenstillstand nur dann akzeptabel, wenn Russland sich komplett von ukrainischem Territorium zurückziehe, einschließlich der Krim. Außerdem zeigt der im Vorfeld der Münchener Sicherheitskonferenz veröffentlichte Index, dass das internationale Ansehen der Ukraine stark gestiegen ist.
14.02.2023	Das Ministerkabinett ernennt Generalleutnant Oleksandr Pawljuk zum neuen Vize-Verteidigungsminister. Der Posten war vakant, seit Pawljuks Vorgänger Wjatscheslaw Schapowalow im Zuge eines im Januar bekanntgewordenen Korruptionsskandals beim Militär entlassen worden war.
14.02.2023	Beim NATO-Gipfel in Brüssel, an dessen Rande zugleich auch das 9. Ramstein-Treffen stattfindet, erteilen NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sowie mehrere Verteidigungsminister, darunter aus den USA und aus Deutschland, der Lieferung von Kampfjets an die Ukraine eine Abfuhr. Laut Stoltenberg seien Kampfjets nicht »das dringendste«, was die Ukraine aktuell benötige. Die Ukraine fordert seit langem die Lieferung von Kampfjets, um russische Raketen abwehren zu können. Statt um Kampfjets geht es bei beiden Treffen vor allem um die Produktion und Lieferung von Munition, die in der Ukraine immer knapper wird.
14.02.2023	Norwegen werde der Ukraine 8 Leopard-2 Kampfpanzer sowie Munition und weitere Unterstützungsfahrzeuge liefern, teilt das norwegische Verteidigungsministerium mit.
14.02.2023	Das Oberste Antikorruptionsgericht (HACC) ernennt Wira Mychajlenko zur neuen Leiterin des Gerichts. Sie ersetzt damit Olena Tanasewytsch, die das HACC seit dessen Gründung 2019 geleitet hatte und deren Amtszeit 2022 endete.
15.02.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt, dass die Ukraine die schwer umkämpfte Stadt Bachmut, die er als »lebende Festung« bezeichnet, weiter halten werde. »Es ist schwer, aber wir halten durch«, so Selenskyj. Dies ermögliche es der Ukraine, sich für eine neue Offensive vorzubereiten, um weitere Gebiete zu befreien.
15.02.2023	Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius sagt, dass die Ukraine weniger Leopard-2-Panzer als ursprünglich angekündigt erhalten werde. Die westlichen Verbündeten seien doch nicht in der Lage, der Ukraine zwei komplette Bataillone (à 31 Panzer) von Leopard-2-Panzern zu liefern, teilt Pistorius Bloomberg mit.
16.02.2023	Am frühen Morgen startet Russland den bereits 15. konzertierten Raketenangriff und greift den Norden, Westen und das Zentrum der Ukraine an. Von den 41 abgefeuerten Raketen kann die Ukraine 16 abwehren. In mehreren Regionen werden Objekte der kritischen Infrastruktur getroffen, darunter in Lwiw und Dnipropetrowsk.

16.02.2023	In einem neuen Gefangenenaustausch kommen 100 ukrainische Soldat:innen sowie ein Zivilist aus russischer Kriegsgefangenschaft frei. Die Mehrheit der Soldat:innen ist aus Mariupol und hatte sich nach der wochenlangen Belagerung des Asowstal-Werks ergeben.
16.02.2023	Das ukrainische Verteidigungsministerium bestätigt, dass es bei der Beschaffung von Lebensmitteln teils über- teuerte Preise gezahlt habe. Im Januar war das Verteidigungsministerium unter Druck geraten, nachdem darüber berichtet worden war und Korruptionsvorwürfe gegen das Ministerium erhoben wurden. Das Nationale Antikorruptionsbüro NABU hat ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Im Zuge der Aufarbeitung des Korruptionskandals gab es bereits mehrere personelle Konsequenzen und unter anderem der für Beschaffung zuständige Vize-Verteidigungsminister wurde entlassen.
16.02.2023	Laut dem ukrainischen Generalstab übersteigen die Verluste des russischen Militärs inzwischen 140.000 Mann. Außerdem hat Russland seit Beginn der Invasion 3.296 Panzer, 6.517 gepanzerte Kampffahrzeuge, 5.167 Fahrzeuge und Treibstofftanks, 2.306 Artilleriesysteme, 466 Mehrfachraketenwerfer, 239 Luftabwehrsysteme, 298 Flugzeuge, 287 Hubschrauber, 2.012 Drohnen und 18 Boote verloren.
16.02.2023	Das norwegische Parlament genehmigt ein fünfjähriges 7,4 Mrd. Euro schweres Hilfspaket für die Ukraine, das zuvor von der norwegischen Regierung in Aussicht gestellt worden war. Die Hälfte der Summe soll 2023 für militärische Ausrüstung ausgegeben werden, während die andere Hälfte über die nächsten Jahre verteilt für humanitäre Zwecke vorgesehen ist.
16.02.2023	Das Europäische Parlament fordert die EU-Staaten dazu auf, die Lieferung von Kampfflugzeugen an die Ukraine »ernsthaft« zu erwägen. Außerdem sollen der Ukraine auch Hubschrauber, Raketensysteme und mehr Munition geliefert werden, fordert das EU-Parlament in einer Resolution, die mit deutlicher Mehrheit verabschiedet wird.
17.02.2023	Auf der Münchener Sicherheitskonferenz, an der Präsident Wolodymyr Selenskyj virtuell teilnimmt, sagt er, dass es keine Alternative zu einem ukrainischen Sieg gebe. Ebenso wenig gebe es keine Alternative zur territorialen Einheit der Ukraine. Er fordert daher die Unterstützer der Ukraine auf, die Waffenlieferungen zu beschleunigen, damit die Ukraine ihr Land und ihre Leute befreien können.
17.02.2023	Das britische Verteidigungsministerium schätzt, dass die russische Armee und private russische Söldnergruppen seit Beginn der Invasion wahrscheinlich 175.000–200.000 Menschen verloren haben. Bis zu 60.000 von ihnen sollen getötet worden sein.
18.02.2023	In einem weiteren konzertierten Raketenangriff feuert Russland 16 Raketen auf die Ukraine ab. Durch die Raketenangriffe sowie weitere Angriffe in insgesamt neun Regionen des Landes werden mindestens sechs Zivilist:innen getötet.
18.02.2023	Auf der Münchener Sicherheitskonferenz fordert EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die militärische Unterstützung für die Ukraine erhöht werden müsse: »Wir müssen die Unterstützung verdoppeln, und wir müssen die wirklich massive Unterstützung fortsetzen, da sie notwendig ist, damit die imperialistischen Pläne Putins vollständig scheitern«, so von der Leyen.
18.02.2023	Gegen den Abgeordneten Pawlo Chalimon von der Regierungspartei »Diener des Volkes« werden Ermittlungen wegen unrechtmäßiger Bereicherung eingeleitet, teilt der Leiter der Nationalen Agentur für Korruptionsbekämpfung, Oleksandr Nowikow, mit. Chalimon wird vorgeworfen, 2022 eine Immobilie in Kyjiw im Wert von umgerechnet mehr als 250.000 Euro erworben, aber nicht rechtmäßig deklariert zu haben.
19.02.2023	Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell kritisiert, die Ukraine erhalte viel Applaus, aber nicht genügend Munition und fordert die europäischen Mitgliedsstaaten daher auf, ihre militärische Unterstützung zu erhöhen. »Es ist paradox: Die Ukraine braucht weniger Applaus und mehr Waffen«, so Borrell.
19.02.2023	Laut dem französischen Verteidigungsminister Sebastien Lecornu sollen 14 französische AMX-10RC-Radpanzer Ende nächster Woche in der Ukraine eintreffen.
20.02.2023	Vier Tage vor dem Jahrestag der russischen Invasion trifft US-Präsident Joe Biden zu einem Überraschungsbesuch in Kyjiw ein. An der Seite von Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt Biden: »Putins Eroberungskrieg ist gescheitert. Er dachte, die Ukraine sei schwach und der Westen gespalten. Er dachte, er könnte uns über- rumpeln. Er hat sich schlichtweg geirrt. Ein Jahr später, und Kyjiw steht noch immer. Die Ukraine steht. Die Demokratie steht.« Biden sagt bei seinem ersten Besuch als Präsident und seit Beginn der Invasion der Ukraine weitere Waffenlieferungen im Wert von 500 Mio. US-Dollar zu.
20.02.2023	Die Situation der ukrainischen Energieversorgung hat sich stabilisiert, teilt der staatliche Energiekonzern Ukrenerho mit. Seit Oktober wird die Energieinfrastruktur gezielt durch russische Raketen- und Drohnenangriffe beschädigt, so dass es in vielen Städten und Regionen immer wieder zu Stromausfällen kam. Durch Reparaturen und besseres Wetter, wodurch mehr dezentrale regenerative Energien gewonnen werden können, habe sich die Lage zuletzt verbessert, so Ukrenerho.

20.02.2023	Die Nachrichtenagentur AP berichtet, dass Japan der Ukraine ein Finanzpaket von 5,5 Mrd. US-Dollar zugesagt hat. Japans Premierminister Fumio Kishida, der in diesem Jahr den Vorsitz der G7 innehat, plant anlässlich des ersten Jahrestags der Invasion am 24.02 eine Online-Sitzung der G7 Staatschefs, an der auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilnehmen soll.
21.02.2023	In einer Rede vor der russischen Föderalversammlung warnt der russische Präsident Wladimir Putin den Westen vor der Lieferung von Waffensystemen mit hoher Reichweite an die Ukraine. Außerdem kündigt Putin an, dass Russland die Teilnahme am New START-Abkommen aussetzen werde, einem Abkommen das die USA und Russland 2010 schlossen, um Atomwaffen zu reduzieren. Die UN, die NATO, die USA sowie weitere Staaten kritisieren den Schritt.
21.02.2023	Während der russische Präsident Wladimir Putin seine Rede vor der Föderalversammlung hält und erklärt, sein Land befinde sich »nicht im Krieg« mit dem ukrainischen Volk, beschießen russische Truppen massiv die süd-ukrainische Stadt Cherson. Dabei werden mindestens sechs Menschen getötet und zwölf verletzt. Nach Angaben des ukrainischen Militärs wurden unter anderem Wohngebiete, wichtige Infrastruktureinrichtungen, ein Markt, ein Kindergarten sowie ein Krankenhaus getroffen.
21.02.2023	Das britische Verteidigungsministerium verzeichnet eine Zunahme russischer Angriffe auf medizinische und Bildungseinrichtungen in der Ukraine. Dies sei auf den »wahllosen Einsatz von Artillerie und anderen Flächenwaffensystemen« durch Russland zurückzuführen, heißt es im täglichen Bericht, den das Verteidigungsministerium seit Beginn der Invasion vor einem Jahr veröffentlicht.
21.02.2023	Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni trifft zu ihrem ersten Besuch in der Ukraine ein und besucht neben Kyjiw auch die Vororte Butscha und Irpin, die zu Symbolen russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine geworden sind. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigt sie ein weiteres Militärhilfepaket an, das Luftverteidigungssysteme beinhaltet. Außerdem unterzeichnet sie eine Erklärung zur Unterstützung der Ukraine und erklärt, dass Italien im April eine Wiederaufbaukonferenz abhalten werde.
21.02.2023	Ein ukrainisches Verwaltungsgericht bestätigt das Verbot der »Partei der Regionen« des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Die Partei der Regionen, die von 2010 bis 2014 die vorherrschende Partei in der Ukraine war, wurde praktisch aufgelöst, nachdem Janukowytsch infolge der Euromaidan-Revolution 2014 nach Russland geflohen war. Während die Symbole der Partei in einigen Regionen bereits verboten waren, war die Partei selbst nicht ausdrücklich verboten. 2022 wurden bereits 16 weitere Parteien in der Ukraine, die nachweisliche Verbindungen zu Russland haben, verboten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.